

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2.50 M., im voraus zahlbar. Für Osthafen nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter anderem bezogen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 12.50 M. zuzüglich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 17.— M. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-33, 2895 und 2896.

Interests lesen die achtseitige Doppelseite oder deren Raum 120 M. zuzgl. 50% Trennungsgeld, Familien- und Organisationsanzeigen die achtseitige Doppelseite 2.50 M. netto. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 0.15 M., zuzgl. 20% Trennungsgeld. Stellenangebote, Familien- u. Organisations-Anzeigen kosten das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 0.15 M. Interests-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-33, 2895-96, 9769

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Das Signal für die Puttschisten.

### Der Täuschungsversuch.

Als W. L. B. gestern mittag die Nachricht über die Verhaftung von Lüttich und Bläse verbreitete, haben wir sofort unseren Zweifel an der Richtigkeit der Meldung geäußert und die Vermutung ausgesprochen, daß es sich um ein Signal zum Vorgehen für die reaktionären Puttschisten handeln sollte. Wir gingen dabei von der Annahme aus, daß man durch diese Nachricht den Aufbruch einer Verbindung der reaktionären Organisation erwidern wollte, um so durch eine Falschmeldung die Stimmung zu schaffen, aus der der Puttsch vom 12. und 13. März geboren wurde. Die Tatsachen haben uns in unserer Vermutung über die Falschmeldung recht gegeben und auch jetzt noch kann der Verdacht, daß ein Signal vorliegt, nicht ganz von der Hand gewiesen werden. Der Tatbestand ist folgender:

Das Wolffsche Telegraphenbureau ist in den Vormittagsstunden des 15. März telephonisch angerufen worden. Der Anrufende gab sich als Pressereferent der Reichskanzlei aus und nannte auch den Namen eines dort tätigen Beamten. Er diktierte dem Stenographen die Meldung und verlangte, daß diese hochwichtige Nachricht sofort durch Ferndrucker, Telegraph und Telefon an alle Blätter zu verbreiten sei. Erst eine Stunde später stellte sich durch ein Zusammentreffen des Betreters des Wolff-Bureaus mit dem Referenten der Pressestelle, der angeblich die Meldung weitergegeben haben sollte, heraus, daß eine Täuschung vorlag. Der Name des Beamten der Reichskanzlei war mißbraucht worden, um diese Falschmeldung verbreiten zu können. Es soll im Augenblick nicht untersucht werden, welche Schuld das Wolffsche Telegraphenbureau bei dieser Angelegenheit auf sich geladen hat, da wir Urteile haben, anzunehmen, daß die Reichskanzlei mit diesem Fall sich eingehender beschäftigt wird, um festzustellen, wie weit die wohlwollende Reichsfürsorge gereicht hat, mit der das W. L. B. sich der Verbrei-

lung der Falschmeldung angenommen hat. Das Bureau hat übrigens, wie wir hören, der Unterschung der Angelegenheit der Staatsanwalt übergeben.

Es scheinen auch noch andere Täuschungsversuche vorzuliegen. Wenigstens brachte fast gleichzeitig mit dem Wolff-Bureau die Telegraphen-Union eine ähnliche Meldung, deren Ursprung bisher noch nicht festgestellt werden konnte. Aber auch unserer Redaktion ist offenbar von unbenutzter Seite die Meldung übermittelt worden. Fast gleichzeitig mit dem einlaufenden Ferndrucker-Telegramm des Wolff-Bureaus wurde die Meldung angeblich vom Wolffschen Bureau aus telephonisch übermittelt. Das Bureau stellt nun fest, daß es eine telephonische Verbreitung dieser Nachricht nicht vorgenommen und auch unserer Redaktion die Nachricht nur durch Ferndrucker übermittelt hat, so daß auch hier ein Täuschungsversuch vorzuliegen scheint.

Da zur Zeit die Meldungen darüber noch fehlen, welche Wirkung diese Nachricht, die wohl an die meisten Zeitungen in der Provinz gestern abend noch weitergegeben worden ist, gehabt hat, da zur Zeit noch nicht festgestellt werden kann, was sich ereignen wird, bis die heutigen Morgenblätter in der Provinz das Dementi der Deffenlichkeit übermitteln können, ist es vorläufig nicht möglich, ein Urteil über die politische Bedeutung dieses Vorganges abzugeben. Es muß deshalb abgewartet werden, ob unsere Vermutung richtig ist und es sich in der Tat um ein von den Puttschisten verabredetes Signal handelt, oder ob ein Uebereiferer geglaubt hat, den Puttsch auf diese Weise schneller heranzubekommen und die Forderungen zum Handeln zu zwingen. Die Lehre kann schon heute aus dem Vorgang gezogen werden, daß die reaktionären Puttschisten offenbar die Möglichkeit haben, sich nach Belieben aller Apparate zu bedienen, die sie zu ihren Puttschabsichten benötigen. An keiner Stelle war die Regierung in der Lage, die Durchführung ihrer Pläne zu verhindern. Die skandalöse Uebermachung der Telephonansprache soll offenbar ihre Wirkung nur noch links ausüben.

## Inunterfrechheit.

Die deutschnationale Presse gibt sich alle erdenkliche Mühe, die Nachrichten über die Vorbereitung eines neuen militaristischen Puttsches zu discredittieren. Sie seien bis zur Vöcherlichkeit übertrieben, die Regierung benutze sie zu Zwecken der Wahlmache, sie würden in die Welt gesetzt, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von Vorbereitungen linksradikaler Kreise abzulenken.

Mit dieser Taktik reißt es nicht in Einklang, daß die deutschnationale Volkspartei es für angebracht hält, vor der Beteiligung an irgendwelchen gewalttätigen Erhebungen zu warnen. Wäre sie wirklich der Meinung, daß hier nur haltlose Gerüchte vorlägen, so würde sie sich kaum zu einer solchen Mahnung entschlossen haben. Dem parteilichen Anruf schließt sich übrigens die „Tägliche Rundschau“ mit einer recht energisch gehaltenen Erklärung an, in der sie versichert, die Wiederholung des März-Puttsches würde die Zerstörung des Reiches bedeuten, und außerdem aber gibt auch die „Deutsche Tageszeitung“ zu, daß die Meldung von neuer Umrüstung keineswegs der Grundlage entbehren. Dazu kommt, daß alle diese Blätter in demselben Atemzug, wo sie die Gefahr leugnen, eine Reihe von sogenannten Gründen für die Währungsreform anführen, die, wie man sich ausdrückt, einzelne Versperrungen zu verhängnisvollen Unkonsequenzen führen könne. Schuld an allem soll die Regierung sein. Natürlich nicht, weil sie zu wenig energisch gegen die Rebellenliebe vorgeht, sondern weil sie sie nicht schonend und verhältnismäßig genug behandelt, und weil sie ganz im allgemeinen eine Politik treibt, die der Rechten nicht gefällt.

Mit besonderem Nachdruck wird aber auf den Generalkrieg als die Wurzel alles Übels hingewiesen. Der politische Generalkrieg ist nach der „Deutschen Tageszeitung“ ein Kampfmittel, das dem Wesen jeder verfassungsmäßigen Entwicklung schlechthin widerspricht. Der zum politischen Generalkrieg aufrufe, untergrabe damit von selber das Gefühl für Verfassung und Recht, und eine solche Aktion entfessele darüber hinaus politische und menschliche Leidenschaften, die die ganze öffentliche Atmosphäre unheilvoll vergiften müßten. Daß der Generalkrieg eine Abwehrwaffe war, daß die Stadt und Lüttich die Leidenschaften entfesselte und die öffentliche Atmosphäre vergiftet haben, wird von den heimlichen Freunden des vertriebenen Unternehmens vom 13. März selbstverständlich nicht zugegeben. Der Versuch der Arbeiterklasse, die kleinen Grundbesitzer der Revolution wieder zu rauben, hätte von dieser stillschweigend und geduldig zugelassen werden müssen. Zudem sie zu der rettenden Waffe griff und die Gegenrevolutionäre von ihren Klößen vertrieb, hat sie sich der Entfesselung der Leidenschaften schuldig gemacht und darf sich nicht wundern, wenn die unruhlich Beklagenen einen Nachschuß vorbereiten. Mit solchen Verdrehungskünsten wird gearbeitet, um die Stimmung der Winderbegabten wieder für die patriotische Sache zu gewinnen, und um gleichzeitig bei einer etwaigen Wiederholung des reaktionären Vorstoßes die Entschuldigungs- und Rechtfertigungsgründe gleich parat zu haben.

Auf irgendwelche Logik glauben die deutschnationalen ihren Anhängern gegenüber in dieser Situation keine Rücksicht nehmen zu sollen. Sonst wäre es ja auch unverstündlich, wie ihre Presse die Rundschau eines ihrer Anhänger über die Verhältnisse in Pommern bringen kann, die in sehr vielen Beziehungen das bestätigt, was von anderer Seite behauptet wird. Diese Darlegung, die von der „Franzzeitung“, der „Deutschen Tageszeitung“, der „Deutschen Zeitung“ und mit ein paar recht interessanten Korrekturen von der „Post“ gebracht wird, erzählt, wie Baltikumsoldaten in nicht geringer Anzahl unter Umgehung des vorgeschriebenen Wegs über die Arbeitsnachweise als Landarbeiter in Pommern eingestellt worden sind. Dabei wird über das Angstgeschrei gespottet, das darüber angestimmt wurde, daß diese Leute sich „ein paar Handgranaten“ mitgebracht hätten. Davon man fragen, welchem Zweck denn diese paar Handgranaten dienen, von deren Verwendbarkeit bei landwirtschaftlicher Arbeit wir bisher noch nichts vernommen haben? Und wenn der biedere Pommern so obenhin von einigen Sandgranaten spricht, so dürfen wir übersehn sein, daß er mit vollem Bewußtsein und voller Absicht die übrigen Waffen, durch die der Bestand an landwirtschaftlichen Geräten auf den großen Gütern vergrößert worden ist, verschweigt. In einem Satz, den die „Post“ weil er ihr doch etwas gar zu bedenklich erschien, unterdrückt, gibt er auch ganz kühl und unumwunden zu, daß alle diese Vorbereitungen taktisch ganz richtig als Gegenrevolution bezeichnet würden, denn die Straße regiert und die Regierung lebt! Wenn diese Worte einen Sinn haben,

## Kein Generalkrieg in Blauen.

W. L. B. meldet aus Blauen: Die hiesigen Arbeiter beschließen, nicht in den Generalkrieg zu treten, da sie im Einklang der Reichswehr nur eine gegen Oßls gerichtete Aktion erlösen.

## Abbruch des Notenwechsels zwischen Polen und Rußland.

N. H. Gaag, 15. April. Drahtlose Telegramme aus Warschau besagen, Pater habe in seiner letzten Antwort an Tschitscherin erklärt, daß er hiermit den Notenwechsel als beendet ansehe und die Entscheidung der Sowjetregierung, ob sie zu Friedensverhandlungen übergehen wolle, spätestens zum 17. April erwarte.

## Für die Reichseinheit.

Unsere Bezirksleitung vom Mittelrhein hat sich neulich mit der Frage der separatistischen Tendenzen im Rheinland beschäftigt und folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Loslösung deutscher Reichsteile sowie alle Bestrebungen auf Gründung einer rheinischen Republik sind unter allen Umständen abzulehnen und mit allen Mitteln zu verhindern.“

Der Beschluß entspricht der Auffassung, die wir von jeher vertreten haben. Unsere Partei ist von Anfang an dafür eingetreten, daß die Idee der Reichseinheit gegenüber allen separatistischen und partikularen Bestrebungen zu wachen und weit härter zu bekämpfen sei, als es selbst durch die neue Reichsverfassung geschieht.

## Zupacken!

In parlamentarischen Kreisen wird neues Material über die Zerschlagung der reaktionären und konterrevolutionären Bestrebungen verbreitet. Es wird berichtet, daß die Geheimräte und die leitenden Beamten des preussischen Finanzministeriums mit der Energie ihres neuen Chefs sehr unzufrieden sind. Unter deren Führung, der noch im Hohenzollern-

Jagdloshof in Sackrow wohnt, hatten sie volle Freiheit, in den Bahnen zu wandeln, die sie in den kaiserlichen Zeiten zu gehen gewohnt waren. Herr Lademann soll aber versichert haben, daß er gewillt sei, mit eherner Energie und fester Hand jeden reaktionären Widerstand in seinem Amte zu brechen. Wir hoffen, daß es nicht bei Worten bleibt, sondern daß die Taten folgen.

## Abbruch des irischen Generalkriegs.

London, 15. April.

Der Generalkrieg in Irland wurde am 14. April abgebrochen. Der Abbruch erfolgte auf die Erklärung von Lord Lansdowne, daß die Regierung in der Frage der irischen Gefangenen zu Zugeständnissen bereit sei. Bereits gestern nachmittag wurden auf die Mitteilung hin, daß alle Gefangenen, die noch ärztlicher Aufsicht größerer Menge bedürften, freigelassen werden sollten. Am Abend ging dann die Befreiung aus dem Mountjoygefängnis ohne Zwischenfall vonstatten. Die Menge erhielt die Erlaubnis, das Gefängnis zu betreten. Irische Freiwillige hielten die Ordnung aufrecht. Polizeitruppen waren nicht zugegen.

## Die Konferenz der Alliierten in San Remo.

Paris, 15. April.

Aus San Remo wird berichtet: Ritti wird den Vorsitz der Konferenz führen. Von italienischer Seite werden an den Beratungen außerdem noch Ruggati und Badoglio, gegebenenfalls auch Szialoja teilnehmen. England wird durch Lloyd George, Wilson und Bonar Law vertreten sein. Die französische Abordnung wird für Sonntag erwartet. Sie besteht aus Millerand, Foch und einigen anderen Mitgliedern. Die griechische Abordnung steht unter Führung von Coromilos, da Venizelos in Athen bleiben muß.

Die Konferenz wird sich in erster Linie mit den Ereignissen in Deutschland und dann mit der Adriastfrage beschäftigen. Später wird sie auch die Salustfrage behandeln und schließlich auch die Friedensbedingungen für die Türkei zu erörtern. Es verläutet, daß Tschitscherin als Vertreter des russischen Staates an diesen Verhandlungen teilnehmen wird. Italien an der türkischen Angelegenheit interessiert ist.

So kann es doch nur der sein, der vernünftig sich rüffel, um die Regierung, die es eine Regierung der Straße nennt, zu beistimmen, und eine weitere Feststellung, die dahin geht, daß Kommern eine der Provinzen sei, die Berlin befestere, kann ja auch kaum mißverstanden werden.

Daß auch der Landarbeiter-Verband, der nach der Verbesserung des Artifizeldreihers in der Provinz eine ungelegmäßige Regierung aufgerichtet habe, wieder erhalten muß, kann nicht überraschen. Neu aber und bemerkenswert ist die Offenheit, mit der dem Kabinett die Fehde angefaßt wird: „Solange diese ungelegmäßige Regierung nicht aufhört, solange keine Funktionäre Nord und Ostschlag und damit Anarchie predigen, solange die Regierung die pommerische Landwirtschaft nicht schützt, also ungelegmäßig verfährt, solange helfen wir uns selbst und tun und lassen, was wir wollen.“

Wie sagte doch der ehemalige Reichskanzler Fürst Hohenlohe von den preussischen Junkern? „Diese Herren pfeifen auf das Reich!“ Sie pfeifen auf das Reich, sie pfeifen auf die Regierung, sie tun und lassen was sie wollen.

Und um ihre Selbstherrlichkeit fest zu fundamentieren, versehen sie sich mit Waffen und umgeben sich mit Soldaten. Sie beurteilen in den härtesten Ausdrücken, wie es eben wieder in einem Aufrufe des Bundes der Landwirte geschieht, den nach ihrer Ansicht verfassungswidrigen Einfluß der Arbeiterorganisationen, und erklären sich selbst zu gleicher Zeit an die Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung nicht für gebunden. Die seligen Zeiten der Quikwats und Nonplats kehren zurück, und wenn die kühnen Nachfahren der Raubritter auch keine Burgen mit Wällen und Gräben mehr haben, so besitzen sie dafür Maschinengewehre, Geschütze und Flammenwerfer. Der Unterschied gegen einst ist nur der, daß sie ihr „Nochmal, Nochmal, hüte dich!“ nicht mehr dem Kurfürsten, sondern der Republik entgegenrufen.

Die Kurfürsten sind ebendem, gestützt auf das Bürgertum der Städte, mit den wilden Gesellen fertig geworden, freilich nicht ohne ihnen weitgehende und verbängnisvolle Zugeständnisse zu machen. Die Republik wird die Frucht der Enkel mit Hilfe des Proletariats erledigen, und dann wird gründlichere Arbeit getan werden. Zum Glück haben die Junker neben ihrem alten Lehrgemut auch die schöne Jugend brutaler Ehrlichkeit bewahrt. Wir sind ihnen dankbar, denn wir wissen, woran wir mit ihnen sind, und wir wissen damit auch, was wir von den Loyalitätsversicherungen der ihre wahren Absichten hinter vordringlichen Worten vorbeigehenden deutschnationalen Politiker zu halten haben.

## Die Reichsregierung gegen Gotha.

### Verletzung der Immunität.

In der Strafrechtsexplosion eines Reichskommissars gegen die Gothaer Regierung äußert sich unser Gothaer Parteivorstand, das „Gothaer Blatt“, in einem längeren Artikel. Das Unternehmen wurde in einer durch Wolffs Bureau verbreiteten Rundgebung mit allerlei Anschuldigungen gegen die dortige, von Mitgliedern unserer Partei gebildete Regierung begründet. Wegen diese Anschuldigungen wendet sich das „Gothaer Blatt“.

Die Rundgebung erwähnt zunächst abermals den schon vor langer Zeit gefassten Beschluß des Gothaer Landtages betreffend die Einrichtung eines Landesbildungsamtes und behauptet, der Beschluß sei widerrechtlich zustande gekommen, was das „Gothaer Blatt“ widerlegt. Zweitens wird behauptet: „Während des Rapp-Putsch hat sie (die Landesregierung) ihre Pflicht vernachlässigt, insbesondere auch ihre Befugnisse verfassungswidrig auf einen Vollzugsrat übertragen.“

Das „Gothaer Blatt“ erwidert darauf, daß die Landesregierung von den Gothaer Rappisten verhaftet und aufgelöst worden sei, wozu die Widerrechtlichkeit einen Vollzugsrat gebildet habe.

Drittens wird behauptet, schmeißt unser Gothaer Blatt, daß eine ordnungsgemäße Tagung des Landtages nicht möglich sei. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß der Landtag am Montag ordnungsgemäß getagt hat und auch die Ausschubarbeit bezogen hätte, wenn er in seiner Mehrheit versammelt gewesen wäre. Doch Genosse Geißner nicht anwesend war, hat in folgendem feinen Grund: „Als der Reichskommissar Rappier sich kürzlich um eine „Entspannung der Lage“ bemühte, suchte die L. S. P. ihm einen Passierschein für den Genossen Geißner abzugewinnen, damit dieser unter Sicherung der Immunität nach Gotha kommen könne. Herr Rappier machte Unstimmigkeiten. Im Vorzimmer aber erklärte er dem Genossen Rieding, den er in seiner Unkenntnis für einen bürgerlichen Abgeordneten hielt: „Ich werde den Unabhängigen was hüpfen und ihnen die Immunität von Geißner garantieren.“ Das ist auch „Reichsverfassung“! ... Da ferner behauptet wird, daß die von der Regierung verteilten Neuwahlen vorgenommen werden müssen, sei festgestellt, daß L. ein Antrag auf Neuwahlen nach dem 13. März im Landtag nicht gestellt worden ist. L. Regierung und Fraktion der L. S. P. sich wiederholt bereit erklärt haben, Neuwahlen acht Tage nach den Reichstagswahlen ohne Rücksicht auf die Regelung der Frage Thüringen vorzunehmen zu lassen.“

Dieses Auftreten des Herrn Rappier ist allerdings unerhört und verdient schärfste Zurückweisung. Ist die Einmischung der Regierung an sich schon durch nichts gerechtfertigt, wie der Umstand zeigt, daß sie sie mit düstigen Vorwänden begründen muß, so setzt sie sich vollends ins Unrecht, wenn ihr Vorkämpfer sein Amt mißbraucht, indem er die durch Verfassung garantierte Immunität mißbraucht. Wir meinen, daß die Regierung gegenwärtig besseres zu tun haben sollte, wenn sie durchaus etwas für den Schutz verfassungsmäßiger Zustände tun will. In Gotha herrschen ordentliche Zustände und es ist nur eine kleine Bourgeoislique am Werke, denen die Regierung unserer Parteigenossen selbstverständlich ungenug ist.

## Die Deutschnationalen für Verschiebung der Wahlen

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben mit ihren agitatorischen Anträgen auf sofortige Wahl, die nicht etwa aus willkürlicher Überzeugung für die Wahrung der Verfassung, sondern lediglich Parteizwecken entsprungen, sorgsam die Stimmung für den Putsch der Rappisten vorbereitet. Sie haben den Kandidaten der Partei mit auf den Weg gegeben, Kleinmütige Neuwahlen, mit der viele die Bevölkerung und große Kreise der Arbeiterklasse zu gewinnen suchte. Wer jemals an der Unrichtigkeit dieser Forderungen gewirkt hat und gestanden hat, daß die Wahl nicht eine Veränderung nicht aus bloßer Agitation und Parteizwecken, sondern aus berechtigten Interessen hervorgeht, hat sich auf andere Stellen zu schreiben.

Durch den verlorenen Rapp-Putsch und das mißgünstige Hochvertrauensverhältnis ist die Situation für die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei äußerst ungünstig. Bei den Wahlen wird das deutsche Volk und vor allem die Arbeiterklasse mit ihnen Abrechnung halten. Sie tun deshalb heute bereits alles, um ihre Lebenshoffnung zu lenken und den Putsch in Vergessenheit zu bringen. Aber die Frist scheint ihnen zu kurz. Deshalb beantragte vorgestern der deutschnationalen Abgeordnete Dietrich im Ausschuß der Reichstagsversammlung die Pinauschiebung der Wahlen. Die „Post“ wendet sich nun am Donnerstag früh in einem Leitartikel um diese höchst fatale Angelegenheit herum. Sie kann Herrn Dietrich „versprechen“ und würde gar zu gerne auch für weitere Verschiebung der Wahlen eintreten. Aber noch scheint es ihr zu früh, so unverhältniß die Parteien aufzubringen und in der vollen Radikalität streppeloser Parteizwecken und Agitationsmaßnahmen sich hinzugeben. Deshalb entschließt sie sich jetzt noch für die Verschiebung des Wahltermins für den 6. Juni einzutreten, im stillen hoffend, daß noch Ereignisse eintreten werden, mit denen sich die Verschiebung des Termins rechtfertigen ließe.

## Auch eine Untersuchung.

Das „Nachrichtenblatt“ der Seeresleitung im Reichswehrministerium, herausgegeben von H. 1, das „nur für den Dienstgebrauch“ bestimmt ist, enthält in Nr. 72 vom 13. April 1920 folgende Notiz:

484. — Untersuchungskommission über die Märzvorgänge. Der Chef des Waffensamts, Oberst Frhr. Arch. v. Kressenstein ist zum Vorsitzenden der Untersuchungskommission über die Märzvorgänge ernannt worden. Die Kommission hat ihren Dienst im Hw.-R. Königin-Augusta-Straße, aufgenommen. (Zimmer 613—616, Fernspr. B. 74).

Alle an Oberst Frhr. v. Kressenstein, die Kommission gerichteten Briefe, Anfragen usw. sind bis auf weiteres nicht an W. K., sondern an oben angegebene Adresse zu leiten.

W. K. v. 10. April 20, Nr. 108. 4. 20. W. K.

Die tiefere Bedeutung dieser Notiz erkennt man, wenn man das folgende Schriftstück liest:

Berlin, den 10. 3. 20.

Die gestern festgesetzte Stellungnahme der Offiziere, Beamten und Angestellten des Reichswehrministeriums ist gestern abend dem General der Infanterie von Lüttich und heute mittig dem Generalstabsoberdirektor Rapp vorgelesen worden.

Beide Herren haben sich mit Dank für die Bereitwilligkeit zur Weiterarbeit ausgesprochen und sich mit den hierbei gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt.

Generalstabsoberdirektor Rapp verlegte anherdem sofort die Aufhebung seines gestern an das Ministerium gerichteten Gesuches betr. Urlaubsmöglichkeiten zur Weiterarbeit.

Der Lieutenant Hoffe hat gestern abend dem General Moeller nach Stuttgart begleitet, um die Regierung über die Stellungnahme der Offiziere, Beamten und Angestellten des Reichswehrministeriums zu unterrichten.

gez. General v. Eisenhart-Rothe.

gez. Oberst v. Feldmann.

gez. Oberst Frhr. v. Kress.

Das wird eine nette Untersuchung werden: Derselbe Oberst von Kress, unter dessen Leitung die Offiziere und Beamten des Reichswehrministeriums den Rapp-Rebellens ihre Bereitwilligkeit zur Weiterarbeit erklärt haben, soll jetzt die notwendigen Feststellungen über die Mitschuldigen am Putsch treffen! Jetzt fehlt nur noch, daß die Herren Rapp und Lüttich damit beauftragt werden, die Untersuchung gegen sich selbst zu führen.

## Der Nachrichtenendienst des Reichswehrministeriums.

Im „Berliner Tageblatt“ wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Reichswehrminister Geßler durch den Informationsdienst seines Amtes wohl gegen Unklarheiten geschützt wird, daß man ihm doch ein undurchdringliches Gewebe über alles bereit, was rechts vorgeht. Auch führen dieselben Leute im Ministerium, die Roskos Bestanden so schmeißlich getäuscht haben. Noch habe das ganze Militärkabinett: Wilhelm II. über Aufstellung und Verbleiben in der Reichswehr zu entscheiden. Noch amiere der Reichsfolger Vorbereit, dessen Namen das Blatt leider nicht nennt.

Ferner wird das „Berliner Tageblatt“ in einer Fußnote auf die militärischen Nachrichtenstellen aufmerksam gemacht, die sich bei allen höheren Kommandostellen befinden und ihre Berichte nicht nur an sämtliche militärischen Behörden, sondern auch an Zivilpersonen verschicken. Diese Nachrichtenstellen arbeiten zum großen Teil noch mit demselben Personal, immer in demselben Geiße wie während des Krieges. Sie beschränken sich nicht bloß auf Mitteilung von Tatsachen, sondern geben auch Anregungen für allgemeine politische Maßnahmen. Ihre Bedeutung wächst naturgemäß in den Fällen des Ausnahmezustandes, wo die vollziehende Gewalt formell oder doch fast immer, auch jetzt noch, tatsächlich auf den Militärbehörden übergeht. In dieser Zeit beschäftigten sie sich hauptsächlich mit der Fabrikation von bolschewistischen Grenzlärmchen, wobei ihnen das W. K. B. hilfreiche Hand bietet.

Wie falsch der Reichswehrminister informiert wird, geht daraus hervor, daß er Mitte voriger Woche vor Vertretern der Presse behauptet hatte, daß sich in Astenburg, wo das Reichswehrbataillon seine familiären Offiziere gehalten habe, die Mannschaften sich wegsetzen, trotz des Entschlusses des Reichsmilitärgerichts die Offiziere aus der Schutzhaft frei zu lassen. Das Staatsministerium Sachsen-Altenburg teilt nunmehr mit, daß diese Darstellung absolut falsch sei. Für die Gefangenhaltung der putzschändlichen Offiziere sei lediglich die Regierung Sachsen-Altenburgs verantwortlich, die durch ein Telegramm des Reichswehrministers Noche veranlaßt worden ist, die Offiziere in Haft zu nehmen. Die Mannschaften konnten die Herausgabe der Offiziere gar nicht verhindern, da diese gar nicht mehr in ihrer Hand waren. Die ostdeutsche Regierung verlangt nun von dem Reichswehrminister, daß er die Urheber der ihm gemachten falschen Informationen zur Rechenschaft ziehe.

Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet es im Anschluß an seine Mitteilungen für dringend notwendig, daß der Reichswehrminister diesen vorkommen überlässigen militärischen Nachrichtenstellen seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Das Blatt verweist aber, daß es ebenso wie die übrige bürgerliche Presse die Meldungen dieser Nachrichtenstellen bisher bedenkenlos nachgedruckt hat. Wir erinnern insbesondere daran, daß die Lügenmeldungen, die von der militärischen Nachrichtenstelle in Münster über die Vorgänge im Ruhrgebiet ausgegangen sind, von der gesamten bürgerlichen Presse mit Einschluß des „Berliner Tageblatts“ veröffentlicht und zur Entfaltung der widerlichen Hege gegen die Arbeiterklasse beigetragen worden sind. Es ist eine sonderbare politische Moral, sich erst an der Zerschlagung der Offensivkräfte zu beteiligen, und dann die Schuld davor auf andere Stellen zu schieben.

## Die Vorbereitung des Putsches.

Genosse Braß hat in der vorgestrigen Rede in der Nationalversammlung eine Menge Material über die Vorbereitung und Durchführung des Rapp-Lüttich-Putsch vorgetragen. Wir geben aus der Rede das folgende Dokument wieder, das von einem Leutnant v. Herweg verfaßt wurde, der in L. u. a. in Westfalen als Vertrauensmann der Reichswehr eingesetzt war und während des Putsches von den Arbeitern entlarvt wurde. Herr Herweg berichtet:

Im Oktober vorigen Jahres lernte ich in Berlin den Hauptmann v. D. Revenmüller und den Oberleutnant Künzel, damals Putschvorbereiter bei einer Abwechslungsstelle, kennen. In dem sich entwickelnden Gespräch brachten die beiden Herren die Rede auf die alte Regierung und Wiederanrufung einer Monarchie und sagten mir schließlich, daß sie zu den Reuten gehörten, die es sich zur Aufgabe gemacht hätten, die Monarchie wiederherzustellen. Vor allen Dingen ginge das auch die jungen Offiziere an, die den Abschied erhalten hätten und ohne Beruf auf der Straße lägen. Für die Putschisten würde dann noch Gefangen der Lohn nicht ausbleiben: Verpöterung usw.

Gestimmt von solchen Ausdrücken, setzte also auch ich meinen Namen auf eine in Händen des Hauptmanns befindliche Liste. Ich erklärte mich bereit, Propaganda zu machen für einen monarchistischen Putsch. Mit dem Bemerkten, mir weitere Kodizil zukommen zu lassen, verabschiedete mich die Herren. Nachdem ich nun am 1. Januar endgültig aus dem Heeresdienst entlassen und es zur feststehenden Tatsache geworden war, daß ich nach L. u. a. zur Fortsetzung meiner Studien gehen würde, besuchte mich Herr Hauptmann Revenmüller für den 6. Januar nach Hagen i. W., Speisefaal des Wohnhauses; dort empfing er mich, doch er sich jetzt in Westfalen aufhalte und vornehmlich im Industriegebiet zu tun habe. Er bat mich, in L. u. a. nun für die Sache zu wirken und zuverlässige Anhänger zu suchen. Am 20. Januar erhielt ich beifolgendes Radzettel aus Münster, am 24. in Hagen zu sein. Kurzer dem Hauptmann Revenmüller waren Oberleutnant Künzel, jetzt ebenfalls Zivilist, und ein Reichswehrkapitän, auf dessen Namen ich mich nicht mehr bestimmen kann, amwesend. Es wurden mir an dem Tage die Waffen, 10 Gewehre und ein leichtes Maschinengewehr ohne Munition, übergeben. In Begleitung des Herrn Künzel besuchte ich dieselben in der Nacht im Personennahverkehr nach L. u. a. Bei der letzten Zusammenkunft in Hagen Mitte Februar, zu der ich von Dortmund aus beifolgend benachrichtigt wurde, befand sich in Revenmüllers Begleitung ein Offizier der Reserve, den er mir als Hauptmann Bittschlag vorstellte.

Am 13. vollzog sich der Umzug in Berlin. Am 15. brachte mir ein Radfahrer einen längeren Brief, der mit „geheimlich Bittschlag“ in Schreibmaschine und „Revenmüller“ mit Namenszug unterschrieben war. Dieser Brief kam von Schwerin und enthielt, soweit ich mich entsinne, folgendes:

1. Sobald die reaktionär gesinnten Truppen des Corps Bittschlag in L. u. a. eingerückt sind, wird sich an dem verordneten Platz (Barnackamp) versammeln und zur Verfügung gestellt.
2. Ob es mir nicht möglich ist, etwa 100 Mann zusammenzubekommen?
3. Nicht auf eigene Faust handeln!

Wir leben aus diesem Schreiben, daß die Putschisten sich eine Organisation geschaffen hatten, die über das ganze Reich verbreitet war. Ihr Ziel war auch nicht, wie die Rappisten in ihren Auftritten verkündet hatten, eine „freiwillige Regierung“, sondern die Wiederherstellung der Monarchie. Sie haben für diesen Zweck nicht nur Leute angeworben, sondern auch große Mengen Waffen bestellt, um bei Ausbruch des Putsches in allen Orten die erforderliche Unterstützung zu finden. Besonders verdient aber hervorgehoben zu werden, daß auch der Hauptmann Bittschlag in die Verkwörung genau eingeweiht war und bei ihrer Durchführung sogar tätig mithalf. Dieser Herr sitzt jetzt wieder in Münster und putzt, aus Rache über die erlittene Niederlage, den General Watter zum rückwärtslosen Vorgehen gegen die Arbeiter auf. Eine saubere Faust!

## Ueble Methoden.

### Der „Vorwärts“ schweigt.

Wir hatten in unserer Abendausgabe vom Mittwoch eine Erklärung des Genossen Ernst-Hagen gegen den „Vorwärts“ veröffentlicht. Sie wird einwandfrei nach, daß er am 27. März mit der Entsendung von zwei Reichswehrformationen ins Ruhrgebiet einverstanden war, weil diese Formationen ihre gesamten Offiziere abgestift, ihre Führer selbst gewählt hatten und demzufolge durchaus zuverlässig waren. Da diese beiden Formationen aber unmittelbar darauf von General Watter reaktionär umgewandelt waren, hat Genosse Ernst am 31. März jeden Einmarsch der Reichswehr in das Ruhrgebiet abgelehnt und statt deren die Entsendung von bewaffneten Arbeitern aus dem bergischen Land zur Herstellung von Ruhe und Ordnung im Duisburger Bezirk angeboten, was von Severing abgelehnt wurde.

Der „Vorwärts“ hat bisher seinen Lesern, die er zuerst unrichtig informiert hatte, von dieser Erklärung keine Kenntnis gegeben. Das kleint, ebenso wie seine Haltung zu den Anschuldigungen gegen den Genossen Braß, bedeuten zu sollen, daß er zu seinen alten üblichen Methoden in der Bekämpfung der Unabhängigen Partei zurückkehrt.

## Erhard Auer gegen die Auflösung der Einwohnerwehren.

Sein erstes politisches Wiederauftreten in der Öffentlichkeit hat der rechtssozialistische Abgeordnete und frühere bayerische Minister Erhard Auer vor einigen Tagen damit eingeleitet, daß er sich in einer Versammlung in Sonthofen mit großer Schärfe gegen die von der Entente verlangte Auflösung der Einwohnerwehren wandte. Das ist um so bemerkenswerter, als die bayerischen Einwohnerwehren neben den Freiwilligen der rührenden Partei der Reaktion sind, und die Träger des gewalttätigen Sturzes der Regierung Hoffmann waren.

Auers Verhalten aber ist in Übereinstimmung zu der überaus schwächlichen Stellungnahme der rechtssozialistischen Minister Seitz und Gumbel, die jetzt genau so bereit waren, gemeinsam mit den Reaktionen die Regierung zu bilden, wie vor einem Jahre mit den Kommunisten. Diesen Anschlag an die Reaktion aber will ausdrücklich Auer nicht verzeihen, der wegen seines Eintretens für die Einwohnerwehren von der reaktionären bayerischen Presse sehr gelobt wird.

## Schlichtungsordnung.

Als eine Erbschaft der Aera Bauer-Roske ist der Entwurf für eine Schlichtungsordnung, die Antifreigabe, zurückgelassen. Der Entwurf stellt alle die verderblichen Mittel zur Anbelung der Gewerkschaften vor, die jedem Kenner dieser Gesetzgebung aus den autoritativen Antifreigabe bekannt sind. Zwangsweise Unterwerfung unter die Entscheidungen der Schlichtungsämter, Streikverbote, hohe Geldstrafen, ja Aberkennung der Fähigkeit Betriebsrat zu sein und ähnliches mehr kennzeichnen den ausgesprochen arbeiterfeindlichen Charakter des Entwurfs. Er ist vor dem Kapp-Vulch im Arbeitsministerium fertiggestellt worden und dürfte wohl erst den neu zu wählenden Reichstag beschäftigen.

Einstweilen geben wir nach der „Sozialen Praxis“ folgende Kennzeichnung des Hauptinhalts des Entwurfs wieder:

Nach dem Entwurf ist der Schlichtungsausschuss vom Arbeitgeber, wenn eine Aussperrung in Aussicht genommen ist, und vom Arbeitnehmer, wenn eine Arbeitsentziehung beschlossen wird, anzurufen. Aussperrungen und Arbeitsentziehungen sind unzulässig, solange der Schlichtungsausschuss angezogen und eine Einigung zustande gekommen oder ein Schlichtungsgericht bestellt ist. Ein Schlichtungsgericht, das nicht bindend ist, so dürfen Arbeitsentziehungen oder Aussperrungen wegen dieser Streitfrage erst begonnen werden, nachdem in geheimer Abstimmung mit zwei Dritteln Mehrheit oder einer größeren Mehrheit, falls diese fähigkeitsgemäß erforderlich ist, der Streik oder die Aussperrung von der betreffenden wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer beschlossen worden ist. Handelt es sich um eine Aussperrung oder um eine Arbeitsentziehung, die einen lebenswichtigen Betrieb betrifft, so darf sie erst eine Woche, nachdem sie der höheren Verwaltungsbehörde schriftlich angezeigt worden ist, durchgeführt werden.

Schlichtungsämter sind dringend, wenn ihnen durch geschlichtete Vorarbeiten, durch Vereinbarung der Parteien oder durch freiwillige Unterwerfung der Parteien bindende Streit beigelegt worden ist. Soweit die Parteien sich nicht unterwerfen, kann der Schlichtungsrichter auf Antrag der Parteien oder von Amts wegen durch die Verwaltungsbehörden für verbindlich erklärt werden. So weit ein verbindlicher Schlichtungsrichter die Bedingungen für den Abschluss von Arbeitsverträgen allgemein regelt, hat er dann die Wirkung eines Tarifvertrages.

Die Erfüllung eines bindenden Schlichtungsgerichts oder einer freiwilligen Einigung kann durch Zwang erzwungen werden. Wird eine im Schlichtungsverfahren zustande gekommene Einigung oder ein bindender Schlichtungsrichter durch Verhinderung einer Partei nicht erfüllt, und dadurch die Gesundheit oder die Sicherheit der Bevölkerung oder ihre Versorgung mit notwendigen Lebensbedürfnissen gefährdet, so kann die oberste Landesverwaltungsbehörde nach Anhörung der Parteien und des Bundesrats die zur Durchführung der Einigung oder des Schlichtungsgerichts erforderlichen Maßnahmen treffen. Wegen Personen, die eine Einigung oder einen bindenden Schlichtungsrichter nicht erfüllen, oder zur Nichterfüllung der Einigung oder des Schlichtungsgerichts aufrufen oder anstiften, kann die Schlichtungsbehörde auf eine Geldbuße erkennen. Der Höchstbetrag der Buße ist für den Arbeitgeber 100 000 und für den Arbeitnehmer 2000 Mark. Neben der Geldbuße kann auch auf Unfähigkeit erkannt werden, Mitglied einer Schlichtungsbehörde, einer Betriebsvertretung nach dem Betriebsrätegesetz oder einer sonstigen gesetzlichen Vertretung im Sinne des Artikels 165 der Reichsverfassung zu sein.

Wird in einem gerichtlichen Streit noch eingehender auf dieses Thema zu sprechen kommen. Wir hoffen, daß auch die offiziellen Gewerkschaftsinstanzen solchen Versuchen zur Anbelung der Bewegung heute energig entgegenzutreten werden, als vor einigen Monaten zu erwarten gewesen wäre. Die Arbeiterschaft würde es nicht verzeihen, wenn die Leitung des Gewerkschaftsbundes durch Zustimmung zu diesem Entwurf oder auch nur durch schweigendes Geschehenlassen der kapitalistischen Restauration die Stacheln der monarchistisch-junkerlichen Reaktion so energig mitgewirkt hat.

## Tagung der deutschen Berufsoldaten.

Der gestrige zweite Sitzungstag der Tagung des Reichsvereins deutscher Berufsoldaten war der Erörterung der wichtigsten Fragen gewidmet. Die Beratungen leitete ein ausführliches Referat des Geschäftsführers der Berufsinteressenvertretung des R. d. V., J. A. J. J. J., das einen eingehenden Überblick über die Tätigkeit und die Erfolge der Berufsinteressenvertretung gab.

In der ausgedehnten Aussprache, in der die Berufsfragen noch eingehend erörtert wurden, wurde besonders auch die Frage der Verschmelzung des Bundes deutscher Militäranwärter mit dem Reichsvereinsverband deutscher Berufsoldaten behandelt. Die Verschmelzung dieser beiden Organisationen wurde von allen Anwesenden als dringend notwendig erachtet.

Als Vertreter des Reichsvereins der Militäranwärter erläuterte Geschäftsführer Kühne die Anknüpfungssachen für Militäranwärter und betonte, daß das Reichsarbeitsministerium bestrebt sei, die Interessen der Militäranwärter ebenso wahrzunehmen, wie die der anderen im Reichsdienst stehenden Wehrleute. — Es wurden schließlich zwei Kommissionen gewählt, die beim Reichsarbeitsminister die Wünsche der bei den Pensionsregelungen beschäftigten Militäranwärter vorbringen und beim Reichspostminister Protest gegen die geplante Kostpreiserhöhung erheben sollen.

## Ruhe im Bergischen Land.

### Ein Urteil der „Frankfurter Zeitung“.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Elberfeld berichtet:

„Ist hier eine neue rote Armee in der Bildung begriffen? Droht von hier aus ein neuer Sturm über das ganze Industriegebiet hinwegzukommen? Die Presseorgane der Reichswehr und die ganze Presse der Reichsparteien sind bemüht, in der Öffentlichkeit und an den Regierungskreisen diesen Eindruck zu erwecken. Die Tatsachen aber sehen ganz anders aus. Davon haben wir uns in diesen Tagen überzeugt. Daß die Reichswehr hier nicht erstorblich ist und nicht gewirkt wird, ist insbesondere auch die Auffassung der Zivilbehörden, die nach der Verantwortung fragen. Nach den ersten teilweise recht klugen Klängen gegen die Reichswehr, die sich in dieser Gegend entweder schapphaftig angeklommen oder sehr zweifelhaft verhalten hatte, ist hier volle Ruhe eingeleitet, und die herrscht heute noch. Die Arbeiterschaft, auch die Unkonditionale, hat hier im allgemeinen gute Disziplin gehalten. Das wird auch von ihnen politischen Gegnern anerkannt.“

Erfahrungen in den verschiedenen Teilen des Bergischen Landes ergaben, daß die Klammern von reaktionärer Seite im Hinblick auf die Pönantiale entspringen und demnach eher unbewußt auf Provokation hinwirken. Von

Der Bildung einer neuen roten Armee kann keine Rede sein. Wichtige Kämpfe, über die da berichtet wird, haben niemals stattgefunden. Die Stadt Bismarck sollte eine kommunistische Arbeiterwehr geschickt haben, indem sie Scharen von Flüchtlingen der roten Armee in ihre Dörfer ausgenommen, also wieder bewaffnet habe — davon ist kein wahres Wort. Der Zentralrat, der vor der einrückenden Reichswehr von Essen nach Wamborn geflüchtet war, hat inzwischen öffentlich seine Auflösung bekannt gegeben; nur eine Abweilungstelle soll noch in Tätigkeit sein. An einer kommunistischen Zentrale wird es ja trotzdem nicht fehlen. Von dort soll sich auch nicht darüber täuschen, daß immer noch Waffen hier im Lande verborgen sind. Aber würde die Reichswehr, wenn sie hereinläme, von diesen Waffen erheblich größere Mengen zusammenbringen, als es den Zivilbehörden gelingen mag? Das scheint kaum verhängt werden zu können. Deshalb ist hier die Meinung: man solle ruhig das Bergische Land sich selbst überlassen. Die Behörden wie die Arbeiterführer versprechen, die Situation in der Hand zu behalten, und sie haben Beweise für ihr Können in dieser Hinsicht gegeben.“

Das ist ein zutreffendes Urteil. Es zeigt erneut, wie verbrecherisch die Absichten derjenigen sind, die dauernd durch Fügennachrichten den Fimring in das Bergische Land zu erzwingen suchen.

## Schwerindustrielle Reichszerstörer.

Die amische Pfalz-Zentrale verbreitete am 14. April ein Demanü, das sich gegen die Richtung der „München-Augsburger Abendzeitung“ wandte: Diese hätte die Ausruhmung der rheinischen Republik als in wenigen Tagen bevorstehend angezeigt und behauptet, daß die überwiegende Mehrheit des Pfälzler Volkes den Tag herbeisehne, um sich diesem Staatswesen anzuschließen zu können. Die Pfalz-Zentrale erklärt das als eine große Fälschung der Tatsachen, die nur dadurch zu erklären sei, daß die „München-Augsburger Abendzeitung“ entweder einer Manipulation zum Opfer gefallen sei, oder daß hier Kräfte am Werke seien, die die Freiheit und Stupel des Landes Mittel bemühen, um gegen die Reichsregierung Stimmung zu machen.

Wie schon die Mitteilung der „München-Augsburger Abendzeitung“ beweisen, daß ihre Richtung, die separatistischen, reichszerstörenden Bestrebungen Vorzug bestrebt, von einer ganz bestimmten Tendenz diktiert war, so wird dieser Verdacht durch die vorstehende Besichtigung des Bureau des Pfälzischen Regierung bestätigt. Wir sind in der Lage, etwas Näher in die dunkle Angelegenheit zu bringen. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat die „München-Augsburger Abendzeitung“ vor kurzer Zeit ihren Besitzer gewechselt und ist in den Besitz des schwerindustriellen reaktionären Stinnes-Hugenberg-Kongern übergegangen. Durch diese Tatsache werden nicht nur die Bedeutungen der Pfalz-Zentrale, sondern auch die Äußerungen des Blattes verständlich. Die Reaktionäre, die sich stets auf ihre nationale Sentimentalität zu Gute tun und sich, wenn es gerade paßt, als die Hüter und Wächter der Einheit des Deutschen Reiches aufspielen, scheuen sich nicht, die separatistischen und reichszerstörenden Bestrebungen für ihre Parteizwecke zu nutzen. Die reaktionären Herren, die sich niemals nationalitätsgenug gefühlten können, scheuen sich also nicht, zur Erreichung ihrer eigenen Parteiziele die Einheit des Reiches auf Schwere zu gefährden.

## Prozess Scheidemann-Rhodin.

Die feinergeklungenen Veröffentlichungen des Korrespondenten Sochagowski, hinter denen als Verfasser die Rechtssozialisten Wameller und Dabblon handeln, und die gemischten Aufsehen erregten, da sie schwerelastende Dinge für Scheidemann enthielten, bildeten am gestrigen Donnerstag den Gegenstand einer Verhandlung vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I. Die Verhandlung ergab, daß ein gewisser Rhodin, um sich Geld zu verschaffen, dem Bureau Sochagowski Material abgab, das aus Briefen und Papieren bestanden sollte, die er dem Prinzen Wittgenstein in Kopenhagen gestohlen habe. Er erbot sich, das Material aus Kopenhagen zu holen, es kam aber nichts dabei heraus, weil eben die ganze Sache von Rhodin nur fingiert war, um Geld von Sochagowski und Kommissar zu erlangen. Es waren ihm auch 20 000 Mark von Sochagowski angeboten, die aber nicht an diesen selbst, sondern aus einem geheimen Fonds der Sicherheitspolizei stammten. Ueberhaupt klagte die Sicherheitspolizei, besonders Oberleutnant H. Kessel, ein ansehendes Interesse an der Sache, was wohl darauf zurückzuführen sein wird, daß man daraus Nutzen für die gegenrevolutionäre Bewegung zu ziehen gedachte.

Der Vertreter des Angeklagten gab eine Erklärung ab, daß dieser alle Behauptungen, die er in Bezug auf Scheidemann aufgestellt habe, als jeder Begründung entbehrend und aus der Luft gegriffen, bestritt, seine Handlungsmotive jedoch bedauernd um ein Entschuldigung bitte. Das Urteil lautete wegen vollendeten Betruges, verurteilt den Angeklagten in Zuchthaus mit Verbandsstrafe auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, auf die zwei Monate und 14 Tage Untersuchungshaft angedreht werden.

## Kadaubröder.

### Sprengung einer Angestelltenversammlung durch Anhänger der R. A. P. D.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hatte für gestern Abend eine große öffentliche Versammlung nach der „Unionsbräwe“ eingeladen. Die Versammlung wurde durch ein Referat des Genossen Kuschauer eröffnet. Er schilderte den Verlauf des Generalstreiks, das Zusammenarbeiten der Arbeiter, Angestellten und Beamten und das dafür ein, daß diese Koalition unter allen Umständen gehalten werden müsse.

Nach dem Genossen Kuschauer sprachen noch andere Vertreter des Bundes der technischen Angestellten und Beamten. Es wurde eine Resolution vorgelesen, in der die acht Punkte der Arbeitnehmerschaft als Mindestforderungen bezeichnet wurden. Gegenüber kreführenden Verteilungen müsse sichergestellt werden, daß die Gewerkschaftszentralen keine lokalen Körperchaften für Berlin darstellen, sondern als Hauptorgane der gesamten Arbeiterschaft aus allen Teilen des Reiches anzusprechen sind. Die Versammlung forderte alle Angestellten und Beamten auf, die im Generalstreik bewiesene Solidarität mit den Arbeitern wacker zu pflegen, sie steht in der Einheitfront aller Arbeitnehmer die beste Gewähr für den Aufbau der deutschen Wirtschaft im sozialen Geist.

In der 2. Sitzung erging u. a. der Rechtssozialist Franz Krüger das Wort. Die Versammlung, die anfangs außerordentlich imponiert und ruhig verlief, wurde am Schluß von einer großen Menge von Angehörigen der kommunistischen Arbeiterpartei, die aus einer anderen Versammlung regelmäßig erschienen war, gestört. Als Franz Krüger das

Wort ergiff, wurde er wieder gestört, die Tribüne wurde geschüttelt, Biergläser dienten als geistige Waffen der Kommunisten. Franz Krüger ist es gelungen, sich den Tätschlichkeiten der Versammlungsteilnehmer zu entziehen. Der Bund der technischen Angestellten ließ abdam über seine Entschließung abstimmen, die von den Kommunisten abgelehnt wurde. Bis werden über die Versammlung in der Abendausgabe einen ausführlichen Bericht bringen.

Dam mußte also eine sogenannte kommunistische Arbeiterpartei gegründet werden, damit Versammlungen von Angestellten, die in erster Reihe die Lage beschreiben und sich neu formieren zu neuen Kämpfen in standalder Weise verweigert werden können. Die Schamröde steigt und ins Gesicht, wenn wir sehen, wie auf solche Art die Einheit zwischen Arbeitern und Angestellten von neuem geschädigt wird, und wir beklagen tief die Arbeiter, die sich von wüsten Kadaubrüdern für diese Zwecke mißbrauchen lassen. Welche möge uns verzeihen, wenn wir uns gerade seiner in diesem Augenblick erinnern. Aber wir finden das Wesen der kommunistischen Arbeiterpartei trefflich charakterisiert durch sein Wort:

„Jetzt kenn ich deine wüsten Pflichten:  
Du kannst im großen nichts vernichten  
und fängst es nun im kleinen an.“

## Pojadomsky verzichtet.

Staatssekretär a. D. Graf Pojadomsky-Wehner, der deutschnationaler Vertreter des Wahlkreises Merseburg in der deutschen Nationalversammlung, hat den Merseburger Bezirksverband der Deutschnationalen Volkspartei gebeten, von seiner Wiederanstellung als Kandidat zur Nationalversammlung Abstand zu nehmen.

Darin darf man wohl den Ausdruck der Tatsache sehen, daß Graf Pojadomsky die wackelnde Haltung der Deutschnationalen Volkspartei zum Kapp-Vulch so entschieden mißbilligt, daß er sich gezwungen sieht, die Konsequenzen daraus zu ziehen.

## Geschickerte Verhandlungen zwischen England und der Entente.

T. U. Haag, 15. April.

Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen England und Rußland abgebrochen worden sind. Der Kommando der englischen Flotte, Wisc, ist nach Berlin gewehrt, ein zweites Mitglied der Abordnung nach Genf, um der neutralen Kommission beizutreten.

Wieso sollen einer „Main“-Machung die parlamentarischen Verhandlungen französischer Vertreter mit russischen Volkskommissionen in Stockholm zu einem fast völlig negativen Ergebnis geführt haben, weil die russischen Vertreter die Unterzeichnung der Schulden des ehemaligen Kaiserreichs ablehnten.

Eine Aushebung der Kriegsteilnehmer. Die infolge des Kappischen Versammlungsverbotes seinerzeit außerfallene Aushebung des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer findet, mit verändertem Programm, nunmehr bestimmt am Sonntag, den 18. April, vormittags 10½ Uhr, in den Kammer-Meier, Tellomter Str. 1-4, nahe Holsteiner Tor, statt. Redner sind: Fritz Weder, Emil Kahlert, Karl Geiter, Jozang Wrodel und Ueber Jilzer. Ein namhafter Künstler wird ein neues Manifest von Henri Barbusse an die deutschen Kriegsteilnehmer zum Vortrag bringen. Karten zum Preise von 1 Mk. sind im Vorverkauf bei U. Wertheim und Söhne u. Mod erhältlich. Mitglieder des Bundes haben freien Zutritt.

Beginn der Umgestaltung der Sicherheitspolizei. Auf Anordnung des Ministers des Innern sind 20 Beamte in Unteroffiziersrang der Sicherheitspolizei Berlin zu Diensten im Offiziersrang beordert worden. In der Frühung werden in den nächsten Tagen gleichfalls beratende Verfügungen angeordnet werden. Für die Bekleidung und Unterbringung der Beamten der Sicherheitspolizei sind bedeutende Mittel in den Nachtragsplan eingestellt worden.

Ein unabhängiger Landrat für den Saalkreis. In der Kreisabstimmung wurde der unabhängige Sozialdemokrat Driebusch Amtsvorsteher in Schmöllern, mit 24 von 26 Stimmen der Regierung als Landrat des Saalkreises vorgeschlagen. Die übrigen 12 Stimmen erhielt der kommunistische Kandidat des Saalkreises, der Rechtssozialist Thiele.

Wien mit R. Die prouische Staatsregierung hat durch Erlass vom 10. April genehmigt, daß der Name der Stadt Köln hinfort mit dem Buchstaben R geschrieben wird.

Minister der Hochschulischen Regierung. Am Schluß der letzten Sitzung der Nationalversammlung am Donnerstag night Ministerpräsident Tugler den Rücktritt der Regierung an. Der Ministerpräsident erklärt u. a.: Wir haben uns ihnen mit dem Programm vorgestellt, die Vorführung durchzuführen, die Wohlens auszuführen und die Weiterführung der Staatsgeschäfte einer Regierung organisieren, welche einem vom Volk gewählten Parlament verantwortlich sein wird. Da die Nationalversammlung heute auseinandergeht, verabschieden auch wir uns gleichzeitig von ihnen. Nächsten Sonntag werden die Wahlen vorgenommen werden. Die Nationalversammlung wird vielleicht verfassungsgemäß bis zur Konstituierung der neuen Nationalversammlung beibehalten bleiben, ich hoffe aber, daß sich nichts Außergewöhnliches ereignen wird, um diese Nationalversammlung noch zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen.

Verhaftung eines zaristischen Verschwörers in Paris. Das ehemalige Dumontschilde Dognobit ist in Paris verhaftet worden. Dognobit wird beschuldigt, sich an einer Verschwörung beteiligt zu haben, die den Zarismus in Rußland wiederherstellen wollte. Angeblich hand Dognobit mit Berlin in Verbindung. Er soll von dort für seine Propaganda 80 Millionen erhalten haben. Die ganze Verschwörung soll nur von Rußen angezettelt sein, soll alle Beteiligten sind Beamte und Angestellte des zaristischen Regimes.

Allgemeines Wahlrecht in Belgien. Der belgische Senat nahm mit 20 gegen 23 Stimmen bei 2 Stimmentzählungen einen Gesetzentwurf betreffend das allgemeine Wahlrecht an, der auch Frauen das Stimmrecht gibt.

Soeben erschien:

## Protokoll des außerordentlichen Parteitag der U. S. P. D.

30. November bis 6. Dezember 1919 in Leipzig  
: 560 Seiten ;  
Preis 15.— Mk.

Preis für Organisationen 10.— Mark  
Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9



### Zur politischen Situation.

Von Artur Crispian.  
II.)

Die Unabhängigen Sozialdemokraten bekämpfen die bürgerliche Scheindemokratie, hinter der sich die Klassenherrschaft der Kapitalisten verbirgt. Damit bekämpfen sie also keineswegs das Prinzip der Demokratie. Durch das Prinzip der Demokratie soll die Mehrheit zur Geltung kommen. In einer Klassengesellschaft wird das demokratische Prinzip verfaßt. Einmal durch die wirtschaftliche Uebermacht der Besitzenden, durch die die Besitzlosen höchstens formell, aber nicht tatsächlich demokratische Rechte empfangen. In einer Klassengesellschaft gibt es in den wichtigsten Lebensfragen keine gemeinsame Interessen, die Klasseninteressen schaffen Klasseninteressen und Klassengegensätze. Die Beschlüsse der Nationalversammlung wie die aller bürgerlichen Parlamente erfolgen nicht im Interesse der Gesamtheit der Gesellschaft, sie sollen vielmehr die Interessen der Besitzenden wahren. Es braucht nur an die Steuerpolitik, an das Betriebsrätegesetz, an die Behandlung der Kirchen- und Säulfragen, an die ganze Politik nach innen und nach außen erinnert zu werden, um das offenkundig zu machen. So kommt es, daß in „der freiesten Demokratie der Welt“ die „vollendetste Demokratie“ in Wirklichkeit eine Diktatur der skrupellosen Majonette ist, wie in dem Belagerungszustand mit allen seinen Begleiterscheinungen, zum Ausdruck kommt. Oppositionelle Zeitungen werden fortgesetzt verboten, mehr als die Hälfte der unabhängigen Zeitungen waren bis zum Beginn der offenen Konterrevolution, 13. März 1920, wochenlang unterdrückt, die Gefängnisse und Hochhäuser sind mit revolutionären Arbeitervertretern gefüllt, Todesurteile und Morde sind an der Tagesordnung, reaktionäre Mörder haben gute Zeiten. Das ist die vielgerühmte bürgerliche Demokratie!

Wir hatten schon einmal in Deutschland eine Diktatur des Proletariats. Freilich nur zwei, drei Tage lang, im November 1918. Was hat diese Diktatur des Proletariats kreduliches getan? Geschichtliche Dokumente aus jener Zeit geben Aufschluß über die „Schreckensherrschaft“ des deutschen Proletariats in den ersten Tagen der Revolution. Sie übertragen die politische Gewalt auf den Rat der Volksbeauftragten. Der verkündete mit Gesetzeskraft:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unbeschränkt seiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerungen in Wort und Schrift sind frei.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie getätigt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergebittet.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme des sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Besindeordnung wird außer Kraft gesetzt, ebenso das Ausnahmefgesetz gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterbeschäftigungsbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Es wurde ferner eine Amnestie erlassen, die sich auf nichtpolitische Vergehen erstreckte. Der Arbeitsuntenstag und die Erwerbslosenfürsorge wurden eingeführt, andere soziale Maßnahmen angeordnet. Ein Grundgesetz für die Sozialisierung sollte geschaffen werden. Das waren gewiß verheißungsvolle Anfänge zur Herbeiführung einer neuen Zeit. Und alles das ohne Terror! Die Arbeiter und Soldaten

dachten gar nicht daran, einen Bürgerkrieg zu entfesseln. Nicht einmal den Kriegsverbrechern, die Millionen Menschen auf dem Gewissen haben, wurde auch nur im geringsten ein Leid zugefügt. Die Arbeiter und Soldaten dachten so wenig an eine terroristische Diktatur, daß sie nicht einmal Wert darauf legten, die Waffen und alles Kriegsmaterial in Gewobriam zu nehmen. Wären nur die proletarischen Massen damals von sozialistischem Bewußtsein erfüllt gewesen, hätten sie ihre in den ersten Tagen unbeschränkte Macht im sozialrevolutionären Sinne planmäßig und zielbewußt ausgenutzt, um wieviel besser stünde es heute um uns alle! Niemand hätte alle Männer und Frauen in Deutschland größere politische Freiheiten und mehr politische Rechte, niemals hätten die Lohnsklaven mehr Aussichten auf ihre wirtschaftliche Befreiung, als im November 1918, unter der Diktatur des Proletariats.

Vergleichen wir damit die Zustände, wie sie uns heute die bürgerliche Demokratie gebracht hat.

Trotz aller Fährde und Bekundungen führt die Entwicklung der gegenwärtigen proletarischen Revolution uns dem Zustand der Diktatur des Proletariats immer näher.

Die Entwicklung der deutschen Revolution seit dem November 1918, wie der Zustand der Kaput-Aktive und seine Wirkungen besonders auf die rund 12 Millionen Mitglieder umfassenden Gewerkschafts-, Angestellten- und Beamtenverbände rechtfertigen die grundsätzliche Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie in glänzender Weise. Keine Partei hat so unausgesetzt und nachdrücklich auf die Gefahren der Reaktion hingewiesen und so unermüdet und wirksam für die Verdichtung und Vertiefung der Grundzüge des revolutionären Sozialismus und für die Aufrüstung der Massen gearbeitet, wie die Unabhängige Sozialdemokratie. Die Reformsozialisten erließen am 13. März 1920 ihr Zeug. Die sozialistischen Kommunisten bekennen sich heute auch in den Fragen des Parlamentarismus, der Gewerkschaftsbewegung und der sozialistischen Regierung zu den Grundzügen der Unabhängigen Sozialdemokratie. Und die Gewerkschafts-, Angestellten- und Beamtenverbände haben seit dem 13. März 1920 nicht nur ganz offiziell die Jungfernschaft ihrer politischen Neutralität verloren, sie haben gemeinsam mit den sozialistischen Parteien die wenn auch allerersten und schwächsten Anfänge der Diktatur des Proletariats herbeigeführt. Mögen das manche Führer der genannten Organisationen ohne Bewußtsein oder widerwillig getan haben, mag es in den Reihen der Mitglieder kleine oder größere Massen geben, die sich über die Bedeutung und über die Tragweite des Vorgehens ihrer Führer nicht klar sind oder sich gar dagegen auflehnen, an der Tatsache ist nicht zu rütteln, daß sich die Gewerkschafts-, Angestellten- und Beamtenverbände durch ihr Vorgehen seit dem 13. März 1920 den Grundzügen der Unabhängigen Sozialdemokratie genähert haben. Mögen die Motive und Absichten für Handlungen sein, welche sie wollen: jede Tat hat ihre zwingenden Gesetze für die Zukunft.

Wie zutreffend hier das Auftreten der Gewerkschafts-, Angestellten- und Beamtenorganisationen und die Folgen, die sich für diese Organisationen selbst daraus ergeben, gewürdigt sind, dafür berufen wir uns auf den offiziellen Bericht über den Generallstreik gegen den Monarchienputsch im Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Nr. 12/13, 30. Jahrgang, 27. März 1920, in dem es heißt:

Für die Gewerkschaften bedeutet dieser Generallstreik die erste Probe einer groß angelegten politischen Aktion und zugleich einen glänzenden Sieg. . . . Durch die entschlossene Aufstellung ihres Aktionsprogramms haben sie die Gewähr geschaffen für eine Neuorganisation der Regierung und für eine durchgreifende Neuordnung der militärischen und verwaltungsbehördlichen Verhältnisse, die eine Wiederkehr solcher reaktionären Vorfälle für die Zukunft unmöglich macht. Sie haben endlich die Bahn freigemacht für eine Beschleunigung der Sozialisierung und für eine die Arbeitsbeschäftigung wirklich betriebsdienende Sozialgesetzgebung. Sie konnten diese Forderungen nicht durchsetzen, ohne ernstlich an das

parlamentarische Getriebe unserer Reichs- und Staatspolitik zu rühren. Sie mußten sich als einen neuen Faktor im politischen Leben einschalten, mit dem Regierung und Parlament sich vor allen entscheidenden Schritten zu verständigen haben. Es mag demokratische Doktrinen geben, die eine solche Regelung als unvereinbar mit den verfassungsmäßigen Rechten der Volksvertretungen empfinden. Ihnen können wir nur das eine sagen: Ein Parlamentarismus, der in äußeren Formen erkarrt, ohne sich um die lebendig wirkenden Kräfte des Volkes zu kümmern, ist eine Gefahr für das Gesamtwohl. Der monarchistische Putz hat gezeigt, wie leicht demokratische Regierungen verjagt werden können. Was aber nicht verjagt, abgedankt oder aufgelöst werden kann, das einzig Ueberlebende, der Anel aller Staatshaltenden Kräfte, ist das arbeitende Volk, dessen Wirtschaftsverbände den Kampf gegen die politisch-militärischen Hochverräter unerschrocken aufgenommen und ihn gewonnen haben. Sie sind es doch, die dem Reich seine legale Regierung und seine Volksvertretung wiedergeben. Aber das arbeitende Volk ist nicht blind für die Schäden und Halbheiten der demokratischen Regierung, die ein großes Maß von Anstandsbeilich in allen Schichten gekostet und indirekt den Umsturzbewegungen monarchistischer Verschwörer vorgearbeitet haben. Es kann auch nicht länger ruhig zusehen, daß jenseits ein wesentlicher Teil der Arbeiter durch den einseitigen Kampf gegen die Linken aufgereizt und der gemeinsamen Verteidigung der Republik entfremdet wird, weil dadurch die Kraft der Arbeiter als Klasse geschwächt und die Reaktion gestärkt wird.

Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind aus diesem Kampf um die Erhaltung der Republik hervorgegangen als die Beamtentragten der arbeitenden Bevölkerung, die mit den verfassungsmäßigen Gewalten über eine den Wünschen des Volkes entsprechende und für eine gesicherte Zukunft Gewähr leistende Neuordnung der Verhältnisse zusammenwirken. Die Gewerkschaften haben sich zu dieser verantwortungsvollen Aufgabe ebenbürtig gedrängt, wie zur Organisation des politischen Generallstreiks. Die Geschichte, die fürher war als die Regierung und die Volksvertretung, hat sie an diesem Tag geklärt und ihnen diese Mission übertragen. Die Volksmassen, die ihrer Leitung folgten, haben auf sie das Vertrauen gesetzt, daß sie auch die Vereinbarungen durchführen, unter denen der Generallstreik beendet werden soll.

Dieses Vertrauen darf nicht geküßelt werden. Die Gefahr eines solchen Vertrauensbruchs würden unberechenbar sein für die Organisationen, für die Regierungen, am meisten aber für unser unglückliches Vaterland. Das mögen alle diejenigen erwägen und stets dessen eingedenk sein, die an der Wiedereherstellung geordneter Staats- und Wirtschaftsverhältnisse mitzuwirken haben.

Die Terminologie der Gewerkschaftsführer darf uns nicht irritieren. Soziale wird gesagt, daß der politisch und gewerkschaftlich organisierte Teil der Arbeiterklasse durch den Gang der Geschichte gezwungen wurde, gegenüber der bürgerlichen Demokratie diktorisch aufzutreten. Und in Konsequenz dieses Auftretens stand denn auch plötzlich die Frage einer Arbeiterregierung vor uns. Eine Frage, deren Lösung vorläufig noch zurückgeschoben werden könnte, die aber nie mehr völlig verdrängen wird, die über kurz oder lang gelöst werden muß. Auch hier wird die Geschichte härter sein als Regierung, Volksvertretung und andere Instanzen.

### Das neue Reichswahlgesetz.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat heute die Beratung des Wahlgesetzes fort. Zu § 14 wurde beschlossen, daß die Kreiswahlvorschläge von mindestens 20 Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein müssen. Nach der Vorlage waren es 50. Statt „Verbandsratsvorschriften“ soll überall „Wahlkreisvorschriften“ gesagt werden. Die Frist zur Annahmeförderung im Wahlkreis soll als gewahrt gelten, wenn die Erklärung zwei Tage vor Ablauf der Frist durch eingetragenen Brief zur Post aufgegeben worden ist. Zu § 15 (Verbandsratsvorschriften - Bestimmung) wurde folgendes angenommen: Innerhalb eines Verbandsratsvorschriften können mehrere Kreiswahlvorschläge miteinander verbunden werden. Die Verbindung ist nur dann wirksam, wenn diese Kreiswahlvorschläge sich auf eine Reichswahlkreise beziehen. Gemäß dem Vorschlag des Ministers Koch wurde festgestellt, daß die Einreichung der Wahlkreislisten am 21. die der Reichswahlkreise am 16. und die Erklärung der Verbindung sofort

### Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

Der Wert von Zwischenbübel hatte keine Beiden abgeschlossen und samt Schränken und anderem Hausrat nach dem Bodenraum kassieren lassen. Seine Wohnstube war als Schanklokal eingerichtet und das trübere, mit lauter gekauener Diele und Tannenzweiggehängen an den Wänden, zum Tanzlokal geworden. Alle Türen im Hause waren aufgehoben, so daß man ohne eine Türschloß zu drücken, aus- und einlaufen konnte, ebenso die Fenster des Tanzlokals, obgleich durch selbe eine pridelnde Luft hereinstrich; diese und die Leute werden noch ein paar Tänzchen warm werden.

Diese „Tänze“ im Kalding waren sonst immer friedlich verlaufen, es geschah wohl, daß zwei aneinander gerieten und nach einiger unarter Behandlung der Schwadere den Weidweiden mochte, der nachgab; in solchen Fällen nahm der Wirt die Effekten des Nachgebenden an sich, setzte ihm vor der Schwelle den Hut auf, drückte ihm die Bleibe in die Hand, und murmelte ihm auf, „sich nichts daraus zu machen, bald wiederkommen, denn heut' war's nit wie alle Tag.“

Drohten mehrere in Streit zu geraten, so legte er sich dazwischen, vermittelte, wo es anging, — ein gutes Werk, das sofort keine Hinten trug, denn die erneute Freundschaft wurde mit frischgefüllten Krügen bekräftigt, ging dies aber nicht an, so entschlug er sich beiseiden jedes Schiedsrichteramt und warf in edler Unparteilichkeit die Hauptstreiter vor die Türe.

Kalding über war mit den edlen besser auszukommen, da waren die Zwischenbübel eben unter sich, kein fremdes Gesicht darunter; die Auswärtigen hatten ja in ihrem Ort selbst Tanzunterhaltung. Mit der Kiraweib war's ein anderes, da gab es für den gleichen Tag oft auf Weilen in der Kunde keine so vielverprechende Lustbarkeit; was Wunder, wenn sich auch von meilenweit Gäste dazu fanden? Die führten meist, — unerbittlich, oder wohl auch absichtlich, — Unfug und Streit herbei. Daß die vorjährige Kiraweib so glimpflich abgelassen war, dafür dankte die Zwischenbübel Wirtin dem lieben Gott und schrieb es insonders den harten Reiten zu, die den Leuten den Uebermut be-

nähren. Daß von diesem ersten bis zum letzten, alle diesjährigen Välle den vorangehenden auf ein Haar gleichen würden, das war ihre Ueberzeugung und das sagte sie auch ihrem Manne und fand es für rar abern, wie er Ein's da mit seinen Abnungen erklären möge.

Der Wirt lädelte und nicht in freudig einastebender Bekundung dazu, zum Reden hatte er keine Zeit. Der Tag hatte sich gut angelassen und schien ebenso enden zu wollen. Stunde um Stunde war in lärmender Lustigkeit, ohne das geringste Anzeichen einer beginnenden Entweining verstrichen. Ehernde hatten sich durch ein Scherwort begütigen, Aufbegehrende auf die Stühle, die sie schon hinter sich gelassen hatten, wieder zurückziehen lassen.

Schon begann eine friedliche Kuselerei der Schwadere, aber trotzdem und vielleicht eben darum nicht unzufriedenen Element der Gesellschaft; manch einer, „der mühselig und überfordert“ war, tonnelte durch den Fluß nach dem Garten, schaute zu den Sternen auf und wies dem Monde ein gleiches Gesicht, oder schlug nach wenigen Schritten zu Boden, blieb auf der mütterlichen Erde liegen und deckte sich mit dem ewigen Himmel zu.

Wie hätte es den Wirt von Zwischenbübel, der heute ein paar Arme zu wenig hatte, gaudiert, wenn er den von Schwadendorf hätte sehen können, der, viere zu viel hatte; zwei, die ihm am Leibe angewachsen waren und die er, um kein Aufsehen zu machen, in anscheinender Gleichmütigkeit in den Hokenischen verarub, und zwei geistige, die er in heller Veraweilung über dem Haupte rang, so daß ihm vorkam, als ob ihn darüber wirklich die Schulterblätter kämerten. Es konnte aber auch nicht mit rechten Dingen zugehen! Da sprangen Knechte und Mägde, Kleinhausler, Büben und Dirnen auf dem Tanzboden herum, von den reichen Bauersöhnen aber ließ sich auch nicht einer bliden und die Töchter der bäbailen Anwesner, Kässbiermarteis Sold obenan, lößen gekrönt und gelangweilt neben den scheltenden Anwehbrigen.

Es hatte sich aber ganz ohne Gezeire so gefügt. Der Toni vom Sternsteinhof war bei Reiten auf dem unabhängigen Steuertwädelchen vom Hause wegefahren. Als er Zwischenbübel außer Sicht hatte, begann er auf das Pferd loszuweiffen.

„Krampen, elendiger, greif' aus!“ schrie er. „Gelt, zum Tanz sollst mich kletten, kupplerische Schindmährn!“

„Drum stünd' dir ein schor's Treberl nit an, weil d' meinst, 's hätt' sein so G'!“ und wir träfen noch allweil fruchtig g'nug bin! D's Nuden laß' dir vergeb'n! Sorg' nit, du sollst noch heut' ein lüria's vom Tanz haben, daß dir die Zungen h'raushängt. Sid!“

Hier, wie oft anderswo, war es ein trochter Seiten für die Reputation des Menschen, daß sich das Tier weder auf dessen Rede noch auf dessen Handlungsweise verstand. Die arme, braune Stute ahnte also nicht, daß ihr eine Leidenschaft für's Tanzen zugemutet wurde; von dem Geisret hinter ihr und den Peitschenhieben aber fühlte sie sich bedrückt, daß es sich um's Dausen handle und daß tat sie denn rechtlos.

In Schwadendorf hatte sich der Toni als Kamerad angekniffen und wenn er unter ihnen lag, keßen sie ihn gern als „Ersten“ gelien, war er abweilend, so folgten sie der Zeitung und den Eingebungen des Tollsten und Geiswänksten und dafür galt der Müller-Simerl; auf dessen Mitwirkung zählte der Toni. Nahe bei Schwadendorf lenkte er von der Straße ob und fuhr, hinter dem Orte, in leichem Trott nach der Mühle.

Er traf den Simerl dabei und machte ihm den Vorschlag, den heurigen Frofching mit einem „havitalen Stüdel einzutreiben“, wobei sie zwei Fliegen mit einer Klappe schlugen; nämlich keiner von ihnen, was ein reakter Pub sei, sollte auf den Schwadendorfer Tanzboden gehen, sondern mit ihm fahren, in's Zwischenbübeler Wirtschaft einfallen und den Büben die Dirnen wegnehmen. „Nix h'nein! Den Kerger hüben und drüben! Und wurd' das ein Kuffehen machen! H'Swadendorf und Zwischenbübel und weiter in der ganzen Gegend gib' 'n Leuten für's liebe, lange Jahr z'reben!“

Der Gedanke war zu schön, um unausgeführt zu bleiben. Simerl und Toni ließen Gehöft aus und Gehöft ein, um Teilnehmer zu werden und als die Musikanten im Schwadendorfer Wirtschaft zu trompeten begannen, als wollten sie — wie der Simerl meinte — das Daus vom Haus weg gegen 'n Himmel blasen, stand im Hofe der Mühle eine Schaar junger Burche, untereinander mit verbaltenem Kacheln flüsternd und mancher fühlte sich ganz annehmlich bestommen vor Aufregung über die Heimlichkeit, Schelmerei, Kousfist und Dirnenräuberei, die alle da so hüßlich in einem mit unter-

(Fortsetzung folgt.)

Kauf des Verbandes als auch mit der Reichsliste am 12. Tage vor der Wahl erfolgt sein muß. § 17 enthält folgende Fassung: „Für die Kreiswahlberechtigte kann erklärt werden, daß die Bestimmungen eines Wahlgesetzes zugunsten sind. Die Erklärung muß spätestens am 12. Tage vor dem Wahltag beim Kreiswahlleiter eingereicht sein. Sowie die Bestimmungen des Wahlgesetzes beim Kreiswahlleiter für das Reich aus. Zum Artikel „Behandlung und Ermittlung des Wahlergebnisses“ wurde angeordnet, auch den Kandidaten die Möglichkeit des Wahls zu geben. Die Angelegenheit fand nach kurzer Debatte aber keine genügende Unterstützung, da besonders Bedenken hinsichtlich der Behauptung des Wahlgesetzes geltend gemacht wurden.

Eine lebhafteste Aussprache entspann sich auch über die Frage, ob die Kosten der Stimmzettel auf die Reichskasse übertragen werden oder nach wie vor von den Parteien getragen werden sollen. In Verbindung damit wurde auch über die Beibehaltung der Wahlkartei zur Wahrung des Wahlsprechens gesprochen. Die Wahl mit Umschlag wurde einstimmig beschlossen, ebenso der Grundsatz, daß dies im Gesetz ausdrücklich werden solle. Angenommen wurde eine Resolution Kaufmann: „Die Übernahme anderer öffentlicher Verbindlichkeiten und Abtragungen unter Wahrung der gleichen Rechte ist zulässig.“ Beschlossen wurde noch, daß die Wahlvorstände die Verpflichtung haben sollen, die ihnen übermittelten Stimmzettel öffentlich auszuliegen.

## Deutsche Nationalversammlung

102. Sitzung, Donnerstag, den 16. April.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzes über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Hg. Wermuth (Dnt. Sp.): Die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit gerade im jetzigen Augenblick ist ungewöhnlich, weil noch etwa 10 000 Wehrverpflichtete. Den bürgerlichen Gerichten fehlt die nötige Sachkenntnis.

Hg. Schäfer (Soz.): Die Schwerkriegsleistungen bei der Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit sind doch nicht so groß, daß man sie deshalb für die schwachen Prozesse aufrechterhalten sollte. Früher war der Militarismus ein Staat im Staate mit seinen eigenen Gesetzen, Gerichten und Exekutivorganen. Jetzt muß die militärische Sondergerichtsbarkeit beseitigt werden. Ebenso muß aber auch das Militärstrafrecht verschwinden. Die Notwendigkeit für ein gewisses Disziplinarstrafrecht der Borgefährten ist natürlich vorhanden, aber es muß auf ganz geringe Vergehen beschränkt werden. Eine Anzahl von Ungehörigkeiten müssen aus dem Gesetz ausgemerzt werden. Deshalb beantrage ich Vermehrung an den Ausschuss (Weisfall bei den Soz.).

Hg. Graf zu Dohna (D. Sp.): Warum wird dieses Gesetz wie so viele andere übers Amie gedrückt? Es hätte Zeit bis zur allgemeinen Justizreform. Wir sind schon deshalb gegen das Gesetz, weil wir kein Vertrauen zum Justizminister haben. (Weisfall rechts, Lachen bei der Mehrheit.)

Hg. Dr. Hall (Dem.): Der Justizminister wird trotz des Widerspruches der D. Sp. ruhig schlafen können. Wir brauchen ein Gees, das im Volke Wurzeln und freigeschüttelt wird von Willkür.

Hg. Seeger (N. Soz.): Das Gesetz entspricht noch lange nicht unseren Forderungen. Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags brauchen wir nicht zu warten; bei gutem Willen läßt sich auch in kurzer Zeit ein gutes Gesetz schaffen. Der Ausschuss wird noch viel Arbeit an dem Gesetz leisten müssen.

Rechtsjustizminister Hund: Die Kriminalität in unserer Rechtsmacht ist in erschreckendem Maße gestiegen, sie verhält sich in Dresden wie 16 zu 1 gegenüber den Friedensverhältnissen. Wir müssen also baldigst einschreiten.

Hg. Schulz (Dnt. Sp.): Wir haben schwere Bedenken gegen die Vorlage. Die Militärgerichtsbarkeit hat sich glänzend bewährt; sie muß fortbestehen.

Der Gesetzentwurf geht an einen besonderen Ausschuss von 21 Mitgliedern.

Das Gesetz zur Änderung der Einkommensteuer, wonach diese 12 Mark für die Witwe und die Fruchtstammweib 8 Mark betragen soll, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Ein Antrag des Ausschusses für Vorkaufsgeld, der einseitige Maßnahmen zur Regelung der Produktion, der Beschaffung und Verwertung von Vorkaufsgeldern, wird angenommen. Ebenso ein Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes über die Vorkaufsgeldbeschränkung.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Prüfung von Bildstreifen für Filmstudios.

Hg. Ende (Dem.): Die Abmilderung gegen das Kino genügt nicht hauptsächlich auf die Filmindustrie, die in der Tat zu vielen Bedenken Anlaß gibt. Außerdem bestehen auch sonst Anknüpfungen des Filmwesens. Die Zensuren sollen sich weniger gegen die Filmindustrie als gegen gewöhnliche Kinobilder richten.

Hg. Frau Weber (Centr.): Für die Sozialisierung ist das Kino noch nicht reif, deshalb müssen wir die Reform auf dem Wege der Gesetzgebung verschieben.

Hg. Frau Wende (D. Sp.): Wir erhoffen von dem Gesetz, daß es die Vorbereitungen des Films verbessert.

Hg. Krüger (Soz.): Ein Filmverbot darf nur den Zweck haben, das Volk vom Schmutz und den Brutalitäten zu befreien, niemals darf ein Verbot durch die Zensur aus politischen, sozialen, religiösen oder Weltanschauungsgründen verboten werden. Wir werden, so schwer es uns auch wird, für das Gesetz eintreten und auch nicht durch den Druck einschüchtern lassen, den gewisse Filmzeitschriften auf das Parlament auszuüben werden. (Weisfall bei den Soz.)

Hg. Frau von Gierke (Dnt. Sp.): Der Film in seiner heutigen Gestalt wirkt der sittlichen Wiedergeburt unseres Volkes entgegen. Das Gesetz läßt diese von uns ausstehende Wünsche unerfüllt.

Hg. Dörmann (N. Soz.): Der vorliegende Gesetzentwurf macht keine gründliche Arbeit. Wir sind Gegner jeder Zensur, erkennen aber an, daß gegen die Brutalitäten im Film irgend etwas geschehen muß. Die Filmfabrikanten nähren die gegenwärtige Demoralisation des Volkes und verschlimmern noch die Verwilderung.

§ 1 wird angenommen. Es wird dazu beschlossen, daß auch die für das Ausland bestimmten Filme unter das Gesetz fallen. Die Bestimmung, daß die Zulassung verlangt werden soll, wenn durch den Film die Religion oder religiösen Einrichtungen herabgemindert werden, wird auf Antrag Kraus (Dnt. Sp.) dahin geändert, daß alle Bildstreifen verboten sind, die das religiöse Empfinden verletzen.

Nach § 3 bedürfen Bildstreifen, zu deren Vorführung Jugendliche unter 18 Jahren zugelassen werden sollen, besonderer Zulassung. Ein Antrag eines Teiles der Demokraten fordert hier die Befreiung des 17. Lebensjahres entsprechend der Regierungsvorlage.

Hg. Frau Sieb (N. Soz.) erklärt sich gegen jede Zensur und auch gegen die Befreiung einer Altersgrenze. Die Filmindustrie muß sozialisiert und kommunalisiert, darf aber nicht unter Zensur gestellt werden, denn die Zensur wird doch nur in politischem Sinne ausgenutzt werden.

Hg. Arlt (Soz.): Die Selbstzensur ist die stärkste Zensur, die es gibt. Ob die Sozialisierung der Filmindustrie möglich ist oder nicht, ist noch nicht gewiß, und die Nationalversammlung kann hier damit noch nicht befaßt sein, was die Aufgabe des Reichstages sein. Beim kommunalistischen Gesetz ist übrigens auch die Kommunisierung der Kinos ins Auge gefaßt.

§ 3 bleibt unverändert, die Altersgrenze bleibt also 18 Jahre. Der Rest des Gesetzes wird unter Wahrung eines unabhängigen Antrages auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Sozialisierung der Bildstreifenherstellung und über die Befreiung der Gemeinden zur Kommunalisierung der

Vorführungen bis zum Ablauf des Jahres 1920 (eine beträchtliche Minderheit ist dafür), im wesentlichen unverändert angenommen. Im Anschluß daran wird das Gesetz auch in dritter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 1 Uhr: Kleine Vorlagen, 3. B. Aufhebung der Vorkaufsgeld.

## Richtigstellung.

In unserem gestrigen Verhandlungsbericht über die Sitzung der Nationalversammlung sind bei der Wiedergabe der Rede des Genossen Braß zwei Stellen unrichtig wiedergegeben worden. In der ersten Spalte muß es nicht heißen: „Und wir stehen nach den Erfahrungen mit der Reichswehr auf dem Standpunkt: wenn schon ein militärischer Schutz der Bergwerke nicht zu vermeiden ist, dann gießen wir die Anwesenheit von Kruppen der alliierten Regierungen der Anwesenheit von Reichswehr vor“, sondern: „Hunderttausende im Industriegebiet stehen u. a. den Erfahrungen vor.“

Ferner muß es in der fünften Spalte nicht heißen: „Das Material, das ich in Darmen, einem französischen Journalisten übergeben habe, stand im Zusammenhang mit der Regelung der Flüchtlinge“, sondern: „Das Material, das ich in Darmen einem französischen Journalisten übergeben habe, war bereits in der ‚Berliner Volksstimme‘ und in der ‚Freiheit‘ veröffentlicht und mußte der Regierung bekannt sein.“

## Gewerkschaftliches.

### Zentrale Verhandlungen in der Schuhindustrie.

Am Montag, Dienstag und Mittwoch fanden in Frankfurt am Main zwischen Vertretern der Lederarbeiter- und Arbeiterorganisationsverbänden über Erneuerung des Reichslohntarifs für die Schuhindustrie statt. Der jetzt bestehende Reichslohntarif läuft am 30. April d. J. ab. Die Verhandlungen waren schon im März vorgezogen, mußten aber infolge des Kapp-Putsches verschoben werden.

Unter dem Eindruck des inzwischen auf dem Hartenmarkt eingetretenen Preisrückgangs, der zu einer Vantstimmung in den Kreisen der Schuhindustrie führte, gestalteten sich die Verhandlungen äußerst schwierig. Die Arbeiterorganisationsverbände hatten in Aussicht, die gerade in letzter Zeit eingetretenen erhöhten Lohnsteigerungen einen Mindeststandeslohn von M. 6,50 für die erste Ortslohnklasse gefordert. Die Gegenanträge der Unternehmer boten einen Stundenlohn von 4 Mark. Nach langen mühseligen Verhandlungen, bei welchen es sehr oft den Anschein gewann, als ob die ganzen Verhandlungen scheitern sollte, kam schließlich eine Verständigung zustande, wonach der Mindestlohn 5,50 Mark ab 1. Mai auf 6 Mark pro Stunde für männliche Arbeiter über 21 Jahre für die erste Lohnklasse festgesetzt wurde. Für die übrigen Ortsklassen beträgt der Stundenlohn für über 21 Jahre alte männliche Arbeiter: in der 2. Ortsklasse 64 Proz., in der 3. Ortsklasse 88 Proz., in der 4. Ortsklasse 80 Proz. und in der 5. Ortsklasse 75 Proz. Der Mindeststundenlohn der 1. Ortsklasse.

Nach Altersklassen stuft sich der Lohn in der Weise ab, daß männliche Arbeiter von 18–21 Jahre 80 Prozent, von 16–18 Jahre 80 Prozent, von 15–16 Jahre 40 Prozent und unter 15 Jahre 25 Prozent des Lohnes der männlichen Arbeiter über 21 Jahre alt in der jeweiligen Ortsklasse erhalten. Weibliche Arbeiter erhalten 70 Prozent des Lohnes der männlichen Arbeiter. Der Mindestlohn muß so bemessen sein, daß männliche Arbeiter 20 Prozent, weibliche Arbeiter 10 Prozent über den Mindestlohn verdienen können.

Der Antrag der Arbeitervertreter den Lohn rückwirkend ab 1. April in Kraft zu setzen, wurde abgelehnt. Dagegen soll für die Zeit vom 1. April bis 1. Mai auf die bisher erzielten Löhne, soweit dies noch nicht geschehen, ein Lohnzuschlag von 25 Prozent bezahlt werden.

Die Arbeitszeit beträgt pro Woche, wie bisher 47 Stunden. Die Arbeitervertreter hatten eine Verringerung auf 45 Stunden beantragt, die Unternehmer eine Verlängerung auf 48 Stunden.

Die Kosten betragen, wie bisher für alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied des Alters und der Beschäftigungsart 7 Arbeitsstage unter Fortzahlung des vollen Lohnes. Auch hier wurden die Verbesserungsanträge der Arbeitnehmer und die Verschlechterungsanträge der Arbeitgeber abgelehnt.

Der nun erneut abgeschlossene Reichslohntarif für die gesamte Schuhindustrie gerät in einen Mantelvertrag und einen Zusatzvertrag, der die Dauer von 2 Jahren abgeschlossen wurde, kann der Zusatzvertrag, der die Löhne regelt, von Monat zu Monat geändert werden. Das letztere bedeutet einen großen Fortschritt und machte es den Arbeitervertretern möglich, den Löhnen, wie sie schließlich durch die Verhandlungen festgesetzt wurden, die aber bei der gegenwärtigen Teuerung als unzureichend bezeichnet werden müssen, zuzugewinnen. Neben die gegenwärtige Teuerung heften, oder was wahrscheinlich ist, wird die Lebenshaltung noch weiter verteuert, dann werden die Arbeiterorganisationsverbände dafür sorgen, daß der Lohn nach 4 Wochen geändert und neue Verhandlungen stattfinden.

### Generalversammlung der Buchdrucker.

Gegen die Maschinenhiebe.

In der am Mittwoch nachgehenden Generalversammlung der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer gab der Gewerkschaftsleiter Raffini den Situationsbericht. Wegen der Verzögerung der Generalkonferenz bemühte sich die Regierung darum, daß die Streikfrage durchgehende auf die Arbeiterklasse gelegt werden. Die Bezahlung der Löhne nach dem Generalkonferenz, an denen die Buchdrucker nicht arbeiten konnten, wurde von den Prinzipalen abgelehnt, und das Schiedsgericht hat diesem Standpunkt zugestimmt. Die Angelegenheit geht weiter zum Tarifamt. Der Redner teilte weiter mit, daß am 10. Mai Tarifaustragverhandlungen beginnen, bei denen u. a. über Teuerungszulagen und die Ferienregelung verhandelt werden soll.

In der Diskussion wandte sich Genosse Lampe gegen die Spekulationen mit Buchdruckerarbeiten. Als Folge des Generalstreikes sei die Volkshilfe der Gewerkschaften zu begründen. Nur die geschlossene Arbeiterklasse kann die all. Forderungen durchsetzen. Bekanntlich Pflicht und Schuldigkeit der Buchdrucker sei es, bei künftigen Kämpfen ihre Arbeitskraft dem Proletariat zur Verfügung zu stellen. Als der zweite Diskussionsredner Thomas (S. P. D.) das Wort erhielt, sprach er über die Arbeiter- und Entlohnungsfrage ein, daß die Verarmung auf zehn Minuten unterbrochen werden mußte. Der Grund der Unterbrechung war, daß derselbe Thomas das Wort erhielt, der die Wiederherstellung der Demokratie am 18. Januar in einer Generalversammlung der Buchdrucker angekündigt hatte. Nachdem wieder Ruhe eingetreten war, führte Thomas aus, daß er sich den Ausführungen Lampes anschließen würde. Die Ausführungen über seine Person in der „Reinhardt-Beilage“ seien Verleumdungen.

Alsdann fand die Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl zum Verbandstag statt. Zu den von den Bezirken angezeigten Listen wurden noch eine größere Anzahl von Kandidaten namhaft gemacht. Die Verarmung bedarf gegen wenige Stimmen, daß sämtliche Vorschläge auf die Kandidatenliste für die Wahl gesetzt werden sollten. Die Reihenfolge der Kandidaten

auf der Liste wurde durch das Los bestimmt. Mit 341 gegen 378 Stimmen wurde durch Zusammenfassung beschlossen, daß die Wahl in den Betrieben stattfinden. Betriebe mit mehr als 20 Mitgliedern nehmen zur Vereinfachung des Wahls, ob die Auszählung der Stimmen selbst vor, kleinere Offizinen geben die Stimmzettel in verschlossener Umschlag mit Aufschrift der Offizin auf dem Bureau ab. — Als Vertreter der Sparte der Maschinenmeister im Vorstand wurde Genosse Pöschmann gewählt. Gegen die Maschinenhiebe wendet sich folgende Resolution des Genossen Lampe:

„Die Generalversammlung beauftragt den Berliner Vorstand sowie den Generalvorstand beim Reichswirtschaftsrat die energigsten Schritte zu unternehmen, um den Abbau des deutschen Buchdruckgewerbes, dem Verschleiben von Maschinen ins Ausland und die damit verbundene bauende Schädigung des Gewerbes und der deutschen Volkswirtschaft zu unterbinden.“

### Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Die Firma C. u. A. Brenninkmeyer, Königsr. 22, hat aus Anlaß des Streiks in der Damenmohlnähererei sechs Schneiderinnen nicht wieder eingestellt, trotzdem bei den Verhandlungen aus Anlaß des Streiks die Arbeitgeber sich verpflichtet haben, Maßregelungen nicht vorzunehmen.

Alle Versuche, die Firma Brenninkmeyer dazu zu bewegen, die Arbeiterinnen wieder einzustellen, sind gescheitert.

Der Schlichtungsausschuss ist angerufen. Bis dahin ist die Firma gesperrt.

Wir ersuchen unsere Kolleginnen, in dieser Firma keinerlei Arbeit anzunehmen! Die Ortsverwaltung.

### Der Streik der Klavierarbeiter.

Die Berliner Klavierarbeiter, die sich nun bereits seit zwölf Wochen, und teilweise sogar noch länger, im Streik befinden, hatten sich gestern nachmittag in Kiems Festhallen vollständig versammelt, um den Bericht der Verhandlungskommission entgegenzunehmen, den Dorn erstattete. Wie er mitteilte, sind nunmehr Vereinbarungen zustande gekommen, die auf folgender Basis beruhen:

Als Teuerungszulage und Durchschnittslöhne sollen folgende Sätze gezahlt werden: Vom Tage der Wiederaufnahme ab: für Facharbeiter 6 M., Hilfsarbeiter 4,00 M., Facharbeiterinnen 4,20 M., Hilfsarbeiterinnen 3,20 M. pro Stunde, Jugendliche von 18–20 Jahren 20 Pf. weniger als die vorgenannten Sätze, von 17–18 Jahren 2,60 M., von 16–17 Jahre 2,25 M., unter 16 Jahre nach freier Vereinbarung. Für die Zeit vom 1. Januar d. J. bis zum Tage der Arbeitsaufnahme wird folgende Teuerungszulage nochgezahlt: Facharbeitern, Hilfsarbeitern über 20 Jahre und Facharbeiterinnen 50 Pf., Hilfsarbeiterinnen und Jugendlichen von 18–20 Jahren 40 Pf., Lehrlingen und Jugendlichen von 16–18 Jahren 20 Pf. pro Stunde, Jugendlichen unter 16 Jahren nach freier Vereinbarung. Diese Sätze gelten für alle Betriebe ohne Ausnahme, einzeln welchen Durchschnittslohn sie bisher gehabt haben.

Die Arbeitszeit soll nach Abschluß der zentralen Verhandlungen im Holzgewerbe die dann für die Berliner Holzindustrie festzulegen sein. Bis dahin gilt die bisher in den Betrieben bestehende Arbeitszeit. Wie vom Hauptverband des Holzarbeiterverbandes mitgeteilt worden ist, soll aber unter keinen Umständen eine Verlängerung der Arbeitszeit zugestimmt werden.

In der Ferienfrage wurde vereinbart, daß Ferien laut dem Reichstarif für das deutsche Holzgewerbe gewährt werden sollen. Der Streik darf bei der Forderung der Ferien nicht als Arbeitsunterbrechung angesehen werden. Die Unternehmer haben aber vorgeschlagen, in Anbetracht der langen Streikdauer die Ferien durch eine Geldentschädigung abzugelten.

In der Frage der Affordarbeit wurde vereinbart, daß Arbeiten, die sich dazu eignen, in Afford ausgeführt werden dürfen, wenn die notwendigen Sicherungen und Garantien für eine ordnungsgemäße Affordarbeit gegeben sind. Die Prüfung dieser Vorbedingungen und die Festlegung der Affordpreise sollen vom Arbeitgeber in Gemeinschaft mit dem Arbeiterausschuss bzw. einer Affordkommission vorzunehmen werden. In Streitfällen entscheidet die Schlichtungskommission.

Das Lohnabkommen soll bis zum 28. Mai d. J. gelten, alle übrigen Punkte für die Dauer des Tarifabkommens, das für die Klavierindustrie geschaffen wird.

In der Frage der Mitbestimmungsvorschläge waren die Arbeitgebervertreter nicht im geringsten entgegenkommend. Sie lehnten es ab, über das Betriebsratsgesetz hinaus ein Mitbestimmungsrecht einzuführen.

Wegen dieser Frage wird nun der Kampf noch weitergeführt. Während sich gegen die anderen Punkte kein einigiger der Diskussionsredner erklärte, forderten nahezu sämtliche Redner die Streikenden auf, einem Antrag der Verhandlungskommission zu folgen, die Frage des Mitbestimmungsrechts erst nach einem Schiedsgericht zu unterbreiten und im Streik solange zu verharren, bis der Schiedspruch gefällt ist. Diesem Antrag stimmte die Versammlung aus gegen wenigen Stimmen zu.

Die Stimmung der Streikenden, deren Zahl rund 2700 beträgt, ist trotz der langen Dauer des Kampfes immer noch eine vorzügliche. Wesentlich hat dazu beigetragen, daß so gut wie gar keine Streikbrecher voranden sind.

### Verstärkte Lage im Gastwirtsgerwebe.

Die Möglichkeit, auf friedlichem Wege die vollständig ungenügenden Löhne den heutigen Verhältnissen anzupassen, ist durch die heftige Kollektion der Arbeiter-Organisationsverbände geshwächt. Mit offen Mitteln versuchen die Unternehmer die berechtigten Forderungen auf den Rimmermehrstag hinauszuschieben. Was kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als würden sie den Kampf zu erzwängen. Anders kann man ein Schwächen des Sozialistengewerks nicht aufheben, nach dem die Beauftragten der Arbeiter-Organisationsverbände auch für weitere Verhandlungen nicht ernennt werden. Auch die sozialistischen Angehörigen erheben Anspruch auf Anerkennung ihrer Organisationen, denen sie die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Forderungen übertragen haben.

Vier große öffentliche Versammlungen, die Freitag nacht im Café Stern, Café Corso, Lehrervereinshaus und in der Schaubühne (früher Hofjäger) stattfanden, werden zur jetzigen Situation Stellung nehmen und entscheidende Beschlüsse fassen.

### 36 Prozent Dividende — für die Arbeiter keinen Pfennig!

Wegen einer 50prozentigen Lohnsteigerung waren die in der Schmalzfabrik Ruppertsloh beschäftigten Arbeiter am vergangenen Montag bei der Direktion vorstellig geworden. In Anbetracht des in der Fabrik gezahlten Stundenlohnes von 4,20 M. für Akkordarbeiter 4,80 M., kann die Forderung nicht als zu hoch bezeichnet werden. Die Direktion lehnte es ab, in Verhandlungen mit der Arbeiterchaft einzutreten. Die Arbeiterchaft des Betriebes beschloß, darauf hin, solange Akkordarbeit zu verweigern, bis die Direktion zu Verhandlungen bereit sei. Am Mittwoch ließ die Direktion durch eine Vermittlung den Arbeitern mitteilen, daß der Betrieb am Donnerstag geschlossen werde. Die Arbeiterchaft konnten sich als entlassen betrachten und ab Montag, den 18. d. M. fanden die Papiere zur Verfügung. Diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die bereit seien, die Arbeit im Akkord wieder aufzunehmen, wurden ersucht, dies schriftlich der Geschäftsführung mitzuteilen. Wenn genügend Meldungen

Die Arbeiter werden sehen, welche die Geschäftsleitung mitteilen, kann der Betrieb wieder eröffnet werden würde. Die Arbeiter beschließen demnach nochmals in Verhandlungen einzutreten, der Direktor hätte es aber vorgezogen, den Betrieb vor den Verhandlungen zu verlassen. Am Donnerstag, als die Arbeiter zur Fabrik kamen, fanden sie verlassene Tore. Die Angestellten wurden von der Geschäftsleitung auf zwei Tage beurlaubt. Anlässlich der Lohnzahlung am kommenden Sonnabend wird die Arbeiterchaft nochmals versuchen, mit der Direktion zu verhandeln.

Es muß festgestellt werden, daß die Fabrik ihren "notleidenden" Aktionären 86 Prozent Dividende ausbezahlt hat, daß weiter Neubauten aufgeführt wurden und der Betrieb neu in Stand gesetzt worden ist, auf Kosten des von der Arbeiterchaft bei intensiver Arbeit herausgeschundenen Regnerettes. Die Firma lehnt es aber ab, den Arbeitern, die ihr den Gewinn erzielt haben, eine Zulage zu gewähren. In einer Betriebsversammlung am kommenden Sonnabend wird die Arbeiterchaft endgültig zu dem Tode der Firma Stellung nehmen.

# Groß-Berlin.

## Schulanfang.

Gestern haben die Schulen ihre Pforten für das neue Schuljahr geöffnet und wiederum ist damit ein breiter Strom junger Menschen in die untersten Klassen eingezogen. Von besonderer Bedeutung ist dieser Tag deshalb, weil diesmal die Kinder aller Bevölkerungsschichten, sofern der Standesdünkel ihrer Eltern sie nicht hindert, auf dem gleichen Wege der "vornehmen" Privatschule einher wandeln läßt, auf derselben Bank zum Unterricht sich niederlassen. Nach jahrelangen Kämpfen ist es erreicht worden, daß die Volksschulen als Platzhalter für die sogenannten höheren Volksschulen langsam abgebaut und dafür eine vierjährige Grundschule aufgebaut wird, jener kümmerliche Anfang einer Einheitschule.

Wir werden ja sehen, ob nun die von bürgerlicher Seite gegen das verunküftete Zusammenleben ihrer zarten Sprößlinge mit den "verlachten" Proletariatskindern so oft ins Feld geführten Bedenken sich bewahrheiten werden, oder ob nicht jene Angstprodukte sich als eitle Heuchelei herausstellen und dafür die Wahrheit berandumt, daß die bürgerliche Furcht vor der Konkurrenz der ursprünglichen Kraft unseres Volkes keine Berechtigung hat. Wir rufen unseren wackeren Proletariatskämpfern und Proletariatsmädels ein frischrotes "Glückauf!" für die Lebensfahrt zu.

Sierbei ist aber nicht zu vergessen und mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß es Pflicht aller Genossen und Genossinnen ist, alle geistigen Bemühungen für ihre Kinder aus dem Wege zu räumen. Eins der schlimmsten Dämpfungsmittel für den proletarischen Kampfwillen ist der Religionsunterricht. Deshalb darf niemand auch nur im geringsten einwilligen, daß dieser Unterricht in irgendeiner veralteten Form seinem Kinde verabreicht wird. Gleich bei der Einschulung muß kategorisch die Erklärung abgegeben werden: "Ich wünsche, daß mein Kind rein weltlich erzogen wird." Zu leicht kann es nämlich eintreten, daß bei dem Arbeitsunterricht, wie er in der ersten Grundklasse in Form von "Gesamterricht" erteilt wird, bei dem also der veraltete Religionsunterricht nicht als solcher deutlich hervortritt, unter dem Deckmantel von auswendig zu lernenden Geschichten oder Liedchen dieser erteilte Wille von christlichen Lehrern sabotiert wird. Hiergegen ist sofort bei unseren Vertretern im Elternrat Einspruch zu erheben. — Doch natürlich jeder Genosse seine Kinder aus dem eigentlichen Religionsunterricht herauszunehmen, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Pflicht hat, soll hier nur erwähnt werden. Gerade jetzt, bei Beginn des Halbjahrs, ist es die rechte Zeit. Die letzte hierüber gehörige Verfügung des Ministers Heinisch ordnet diesen Zeitpunkt als den geeigneten an. Mitten im Halbjahr kommen die reaktionären Schulkräfte mit der Rede der "schultechnischen Schwierigkeiten", die durch die Umstellung entstehen. Also noch ist's Zeit. Verläumde keine die Gelegenheit, auf diese Weise an der Verwirklichung der weltlichen Schule, einem Hauptprogramm der sozialistischen Einheitschule, mitzuwirken!

## Totenfeier in Adlershof.

Die Arbeiterchaft von Adlershof veranstaltete für die Opfer einer einmütigen Soldateska am Sonntag eine Totenfeier, die im stillen Gegensatz stand zu der zwangsweisen Beisetzung durch Bestien in Menschengestalt, die Adlershof in Furcht und Schrecken setzte und die wackleren Menschenleben vernichteten. Ohne Song und Klang wurden die Gefallenen verscharrt, verscharrt unter den Augen eines Dieners der Kirche, der in seinem pflichtlichen Gehorsam sich ausgerechnet das Wort "Gedulde" an "Herr", wärest du hier gewesen, mein Bruder wäre nicht gestorben, als Grundwort seiner Predigt erwählte und der grollend die Gefühle der sich in quälenden Schmerz windenden Herzen der bedauernswerten Hinterbliebenen verletzete, als er das Wort von denen sprach: "die da Wind säen, und Sturm ernten".

Nur den allerersten Angehörigen war es gestattet, ihren Angehörigen die letzte Ehre zu erweisen. Die Anordnungen bezüglich der Kranzdeputationen, Gesänge usw. waren derart erschwerend, daß verschiedene Korporationen überhaupt darauf verzichteten, unter den Augen der Ordnungsmänner, ferner der rochfärbigen Ephele, das sich in jenen mit erschreckender Deutlichkeit an den Toten breitmachte, vorbeizudefilieren. Klar war es jedenfalls, daß die Arbeiterchaft Adlershof, bei der ersten Gelegenheit eine würdigere Totenfeier veranstalten würde, eine Feier, die den armen Opfern tatsächlich die letzte Ehre erwies, die den Angehörigen bewiesen würde, daß ihr bitterer Schmerz über den Verlust ihrer Ernährer von der gesamten Arbeiterchaft des Ortes geteilt wird und dann den reaktionären Elementen zeigen sollte, daß keine noch so despotische Gewalt Herrschaft umstände ist, das kassenbewußte Proletariat durch den weißen Schrecken einzuschüchtern.

Am Sonntag um 11 1/2 Uhr setzte sich der auf dem Marktplatz sammelnde Trutzzug langsam in Bewegung. Kranzdeputationen, von den verschiedensten sozialistischen Parteien, und Gewerkschaftsorganisationen entsandt, marschierten an der Spitze des Zuges. Ferner hatten die sozialistische Jugend, ebenso die beiden sozialistischen Fraktionen der Gemeindevertretung Kränze entlanzt. Auf dem Kirchhof, an den noch frischen Gräbern, leitete dann der Verein "Männerchor" Stimmungsball die Feier ein. "Tod Heil!" jener Triumphzug auf nordische Kraft und Treue bis zum Tode, ist auch hier wieder seinen mächtigen Hauch aus. Heller werdend die Wäde, rascher pochend das Herz und ingrinnend greifen sich die Köpfe zusammen. Die jener

nordische Rede noch im Sterben sein Banner in die Erde pflanzt, wie noch im Sterben sein Schloßtraß seine Mannen zur letzten gemäßigten Kraftanstrengung anspornt, so haben auch jene, die jetzt von frischen Hügeln bedeckt sind, ihre Nebergangung mit dem Tode befestigt, und das Banner des Sozialismus fester in die Erde pflanzen helfen.

Weser denn je Gift auch für uns, die der Wozschlaf noch nicht erreicht, das alte, trotzig und doch so prächtige Losungswort: "Das Banner muß stehen, wenn der Mann auch fällt!"

Die Trauerrede hielt der Genosse Adolf Hoffmann. In ergreifender Weise verstand er es, den Hinterbliebenen Trost zu spenden, mit der ganzen Kraft seines feurigen Temperaments versuchte er jene Horde, die betört und unbetrogt so unglücklich Elend in dreizehn Familien getragen haben. Den schmerzigen Demanzianten, die so manchen der hier jetzt den ewigen Schlaf schlummernden auf dem Bewußten haben, mögen sich die Gespenster auf die Herzen heften und wie jenen Crastes der griechischen Sage, keine Ruhe bis zu ihrem erbärmlichen Ende lassen.

Er gedankt dann noch besonders dem Genossen Gerber, des bekannten Veteranen in der Arbeiterbewegung an unserem Orte. Ueber vier Jahrzehnte hat der hinterlässig Niedergeschossene mit vorbildlicher Treue und reinstem Idealismus seinen Kameradengenossen gedient. Unter der rauhen Schale des Reuheren verborg sich ein warmes, goldenes, ein tiefes Mitgefühl für alle Glenden und Entsetzten hohendes Herz und so mancher, der durch sein anscheinend rauhes Wesen ihn zunächst verkannte, hat ihn dann als treuesten Kameraden lieben und schätzen gelernt.

Nach Hoffmanns Trauerrede legten dann die einzelnen Korporationen ihre Kränze nieder. Aus all den kurzen Worten, die die einzelnen Sprecher den Toten noch einmal zuziefen, Klang ein namentlicher Hof gegen die Mörder und zugleich die ehrene Nebergangung heraus, daß letzten Endes doch das Proletariat seine Vampyre vernichten werde.

Kochdam noch der Kollege Breitenborn seitens der Köpenicker Verwaltung des Deutschen Transportarbeiterverbandes des Kollegen Aug. Gerber, der beinahe zwei Jahrzehnte Bezirksführer dieser Organisation in Adlershof gewesen war, in einem ergreifenden Nachruf gedachte, war die Feier beendet.

Dreizehn glückliche Menschenleben sind für immer ihren Leben durch Verbrechen entzogen worden, dreizehn Familien werden noch lange im Herzen trauern. Mit ihnen wird die kassenbewußte Arbeiterchaft trauern. Sie sind den Tod für die Revolution gestorben, die die Mutter des gesamten menschlichen Fortschritts ist. Ohne Revolutionen würden wir noch heute in der Barbarei des Mittelalters als Parias der menschlichen Gesellschaft dahin vegetieren, ohne Revolution immer weiter von kapitalistischen und militarischen Fesseln umwickelt sein und widerstandlos der Peinliche einzelner, wahnsinniger Herrenmenschen ausgeliefert sein und das gibt uns Sozialisten die tröstliche Gewißheit, daß diese blutige Saat dereinst zum Wohle der gesamten Menschheit herliche Frucht tragen wird.

## Gegen den Belagerungszustand.

Die beiden sozialistischen Fraktionen hatten zur geistigen Erziehung drei Dringlichkeitsanträge eingebracht, durch welche gefordert wurde: 1. einen Ausschuss einzusetzen, der das Verhalten der reaktionären städtischen Beamten und Angestellten während des Kampfes zum Gegenstand seiner Untersuchung machen soll; 2. daß Lohn- und Gehaltszahlungen an derartige Beamte, denen Verletzungen nachgewiesen sind, sofort eingestellt werden, und 3., daß, falls der 1. Mai nicht zum allgemeinen Feiertag erklärt werden sollte, für die städtischen Angestellten und Arbeiter an diesem Tage Sonntagsdienst angeordnet werde. Diese Anträge konnten nur verhandelt werden, wenn nicht 15 Mitglieder widersprachen. Der bekannte Pastor Koch schloß sich herbei, gestützt auf diese Bestimmung, die sofortige Verhandlung zu verhindern. Sie können nun erst in nächster Sitzung verhandelt werden.

Der nunmehr zur Debatte gestellte Magistratsantrag, die Zeitungsgewerkschaft an Arbeiter und Angestellte weiter zu gewähren, fand sondersbarerweise gleichfalls den Widerspruch der bürgerlichen Parteien. Die vorübergehende, ganz geringfügige Verbilligung einiger weniger Lebensmittel gab den Herren Koch und Kleinau den Vorwand zu ihrem unsozialen Vorgehen. Genosse Weise nagelte dies mit kräftigen Worten fest und unterstrich nachdrücklich die unbedingte Notwendigkeit des Beschlusses. Die beiden sozialistischen Fraktionen stimmten unter Ausschluß einer verächtlichen Aufsichtsratsberatung der Magistratsvorlage zu.

Hierauf kam der gemeinsame Antrag der sozialistischen Fraktionen zur Verhandlung, den Magistrat zu ersuchen, auf schleunigste Aufhebung des Belagerungszustandes hinzuwirken. Genosse Rosenfeld begründete den Antrag in wirkungsvoller Weise. Er wies nach, daß seit März 1919 keine Ursache zur Verhängung des Belagerungszustandes vorgelegen hat. Heute sei es klar erwiesen, daß das Kurbed vom 13. Januar aus der Angst der Roffe, Bouer, Ebert entsprang und die günstigen Vorbedingungen zu dem Staatsstreich vom 13. März schuf. Grundsätzlich haben ihn die Parteien, die da glaubten, nicht ohne Belagerungszustand regieren zu können. Jeder weitere Tag dieses Zustandes härte den Militarismus und die Reaktion, schädige das Ansehen Deutschlands im Ausland. (Zwischenruf: Höls und Traß.) Mit Höls haben wir nichts zu tun und was Traß getan hat, dafür sehe ich jederzeit ein. (Pastor Koch: Er hat abgelehnt!) Herr Koch, Sie fassen Sie sich auf andere. (Stürmische Zustimmung.) Ein Mann wie Traß leugnet nichts ab.

Von der Schädlichkeit des Belagerungszustandes sind auch Männer wie Minister Gieseler und Polizeipräsident Richter voll überzeugt. Sie können sich anscheinend aber nicht durchsetzen. Die Generale, denen sie sich bedienen, sind gegemeit durch ihre Taten. Herr Gieseler hat es fertig bekommen, hinterhändler einer Bundesrepublik verhaften zu lassen und er hat viele Hundert unglücklicher jüdischer Mischlinge verhaften lassen. Wir wissen, wie reaktionär die Militärs sind und daß sie auf dem besten Wege sind, einen neuen Putsch zu inszenieren. Aber jede solche Wölsch wird an der Wachsamkeit der Arbeiterchaft scheitern. Und wenn die Forderung: Entwaffnung der reaktionären Truppen und der Einwohnervewehr und Bewachung der Arbeiterchaft verwirklicht ist, was allerdings schleunigst geschehen müßte, dann wird jede reaktionäre Verfahr für alle Zeit beseitigt sein. Darum weg mit dem Belagerungszustand.

Auch der Rechtssozialist Frank unterstützte nachdrücklich den Antrag. Dr. Cassel nahm sich mit Wärme des Generals Beschl an. Aus den Ausführungen des Redners der bürgerlichen Fraktion ist besonders bemerkenswert, daß er zum Gaudium des ganzen Hauses und im stillen Gegensatz zur Deutschnationalen Partei, der er doch angehört, der schlagenden Regierung sein volles Vertrauen ausspricht. Oder wollte er unabhängig seine wahre Meinung aussprechen haben? Der Rechtssozialist Rosenzger mußte sich zunächst gegen den berechtigten Vorwurf wehren, noch vor wenigen Wochen für die Aufrechterhaltung eingetreten zu sein. Er suchte die Schuld am Kaputtsein nicht etwa auf Roffe, sondern auf die Herrschenheit der Arbeiterchaft zu schieben, wobei er wiederum darüber schwieg, wer diese Must aufrechten hat. Ganz zurecht sagte er, eine einigsz Zielsetzung Arbeiterchaft würde unüberwindlich sein. Nur hat eben seine Partei die Hilflosigkeit bewiesen lassen. Der Zentrumsredner proklamierte für seine Fraktion Stimmenshaltung. Genosse Rosenfeld reichte im Schlußwort mit den Debatteirndern in glänzender Form ab. Der Antrag wurde von den beiden sozialistischen Fraktionen angenommen.

Es schlossen sich eine ganze Reihe Vorlagen mit Nachbittungen in Gesamthöhe von beinahe 100 Millionen Mark an, die fast alle an Ausschluß gingen.

Die Verrückelung der Viktoriaschwester in finanzieller Hinsicht wurde durch eine besondere Vorlage vorgelegt. Genosse Beschl legte dar, in welcher Weise sie bewirkt war, die überaus schlecht entlohnerten Schwwestern des kaiserlichen Schwastern gleichzustellen, ihnen aber auch fernerhin die günstigeren Arbeits- und Pensionverhältnisse der Letzteren zuteil werden zu lassen und sie schließlich ganz auf die Stadt zu übernehmen. Die Verwirkelung schloß sich diesen Ausführungen voll an.

## Kein Blumenkram auf den Mägen.

Aus wirtschaftlichen Gründen sieht sich die hiesige Betriebsverwaltung leider gezwungen, die Pflüge der gärtnerischen Anlagen auf einen Teil der Straßen und Plätze bis auf weiteres einzustellen. In erster Linie werden von dieser Maßnahme die Anlagen betroffen werden, deren Unterhaltungskosten in keinem Verhältnis zu der Wirkung der Anlage stehen. Die Betriebsverwaltung gibt sich der Hoffnung hin, daß die Bürgerchaft ihrer aus der Not der Zeit geborenen Anordnung Verständnis entgegenbringen wird, selbst wenn das Auge nicht immer auf seine Kosten kommen sollte und an manchen Stellen das gewohnte ansprechende Bild schmerzhaft vermiffen wird.

## Die neue Nummer der „Freien Welt“.

Die neue Nummer der „Freien Welt“ zeigt im politischen Neben teil eine große Moskauer Demonstration, Portraits des französischen Kommunisten Parlot und des deutschen Ministerpräsidenten Schile, Dokumente des militaristischen Treibens vor dem Kap-Putsch, Bilder aus Oberschlesien und von der Wohlpropaganda für die Elternbeiträge. Der Unterhaltungs teil bringt eine illustrierte Skizze „Kamierforgen“, literarische Karikaturen gegen die Kapitell der Boghämpe, eine Karikatur „Rooko und Geed“ und die neue humoristische Rubrik. Weitere Aufsätze und Bilder ergänzen das reichhaltige Heft. Preis des Heftes 60 Pf.

Ein Balkammer wegen Raubmordes gesucht. Unter dieser Spitzmarke berichteten wir am Sonntag über ein Raubüberbrechen, das von einem Balkammerfahnen an der Ostgrenze verübt worden ist. Der Balkammer, der sich seitdem bei seiner Truppe nicht mehr hatte sehen lassen, war dort unter dem Namen eines Unteroffiziers Fritz Oberst bekannt und wurde als solcher von den Polizeibehörden gesucht. Nach Bekanntwerden des Raubmordes hat sich jetzt der wahre Unteroffizier Fritz Oberst bei der Kriminalpolizei gemeldet. Oberst, der in Danzig wohnt, hat jedoch mit dem Verbrechen nichts zu tun. Er ersuchte sich eines guten Beirats und kam nur dadurch in den Verdacht der Täterschaft, weil der Balkammer, der bis jetzt noch vermisst gesucht wird, sich im Besitz der Papiere des Unteroffiziers Oberst befand und wahrscheinlich aus trübsigen Gründen seinen richtigen Namen mit diesem eintauschte. Die Papiere sind dem Unteroffizier Oberst feinerzeit gegeben worden. Der gesuchte Raubmörder ist etwa 20 Jahre alt, hat kurzgeschorenes Haar und ein bartloses Gesicht mit auffallend kahlen Nägeln.

Vorkurse der Volkshochschule Lichtenberg. Für diejenigen, welche das Bedürfnis empfinden, ihre Mängel im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der deutschen Sprache zu beseitigen und ihre in Vergessenheit geratenen Kenntnisse im Deutschen und Rechnen aus der Volkshochschule aufzufrischen oder zu ergänzen, sind Vorkurse eingeschaltet. Die Vorkurse sind durchgängig Arbeitgemeinschaften, in denen auf reichliche Übungen und oergerliche Bezeichnung der Teilnehmer zu selbständigen Leistungen Wert gelegt wird. Es wird erhofft, daß die Vorkurse in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung Anklang finden und ihre Besucher zu einem erfolgreichen Besuche der eigentlichen Volkshochschule befähigen werden. Anmeldungen für die Vorkurse werden in der Zeit vom 12. bis 30. April d. J. in der Geschäftsstelle der Volkshochschule (Rathausstr. 10, Parade 2, Zimmer 21), werktäglich von 9—7 Uhr, Sonntags von 9—1 Uhr, entgegengenommen.

Im Staatstheater Neustädtischen Abend, den 30. d. M., Gustav Freytags „Die Journalisten“ in Szene. Die Regie liegt in den bewährten Händen des auch in Neustädtischen wohlbekannten Spielleiters der Staatstheater Albert Parry. Die Besetzung der in diesem Stück sehr zahlreichen Rollen ist wie immer vortrefflich gewählt. Der Vorverkauf der Karten zum Preise von 2,50 M. einschließlich Nebengebühren und Theaterticket nicht Einzahlung erfolgt am Sonnabend früh 9 Uhr in den durch Säulenmischlag bekannten Verkaufsstellen.

## Aus den Organisationen.

- 7. Bezirk, Frauenarbeitskommission. Heute, Freitag, abend 8 Uhr Besprechung am Marktstr. 2.
- 12. Bezirk, 1., 2. und 3. Abteilung. Freitag abend 7 Uhr Versammlung der Elternbeiräte unserer Parzellensiedlung Straße 74.
- 14. Bezirk, Freitag abend 7 1/2 Uhr Sitzung der Agitationskommission bei Kaiser, Geyherstr. 24; Sonnabend 7 1/2 Uhr Sitzung der politischen Kommission.
- 14. und 15. Bezirk (Möckl). Sonntag vormittag 9 Uhr Sitzung sämtlicher Elternbeiräte bei Krüger, Pflanzstr. 14.
- Schöneberg, Freitag abend 7 Uhr Sitzung der Gewerkschafts- und Arbeiterkommission bei Oetzel, Geyherstr. 24. Die Objekte der Schöneberger Betriebe werden gebeten, an dieser Sitzung teilzunehmen.
- Bezirk Niederschlesien-Bezirk. Sonnabend, 17. April, abend 8 Uhr, Distriktskonferenz im Pankow, Schulstra. 60a. 1. Die benannte stehende Reichstagswahl. 2. Aufstellung der Kandidaten. An der Konferenz müssen die Distriktsleitung, sämtliche Mitglieder der Distriktskommissionen und die Vorsitzenden und Kassierer der einzelnen Ortsgruppen teilnehmen.
- Bildungsausschuss Rosenfeld-Niederschlesien-Bezirk. Freitag abend 8 Uhr im Erdgeschoss Schöneberger Schulstra. 60a. Dr. Rosenfeld: „Die Verhältnisse in Sowjetrußland.“

## Bereinstellungen.

- Zentralverband der Wagstellen. Sachgruppe 12 (Mittelklasse des Bauwesens). Freitag abend 7 Uhr öffentliche Versammlung im Arbeitervereinshaus, Chausseest. 94. — Versammlungen am Sonnabend: Sachgruppe 17 (Geldwesen, Hotel-, Café- und Restaurationswirtschaft) abend 8 Uhr wichtige Versammlung in den Zellen 4. — Sachgruppe 18 (Bekleidungs- und Friseurhandelslehre) abend 8 1/2 Uhr im Restaurant Hoffmann, Wilhelmstr. 114.
- Band der technischen Angestellten und Beamten. Bauarbeiter-Versammlung Freitag abend 7 Uhr im Konzertsaal des Arbeitervereinshauses, Chausseest. 94.
- Trübsamkeit. Die Versammlung findet am Freitag statt. Es schließt die Anzeige in dieser Nummer!
- Arbeiter-Eltern-Bund. Gruppe Rookbit. Freitag abend 7 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung in der Wita, Wollweberstr. 50.
- Freie sozialistische Jugend. Gruppe 30. Freitag abend 7 Uhr im Helm, Schule Wollweberstr. 50, Einführungsabend für die Schulentlassenen.
- Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“. Jahrmärkte, Abteilungen und Ortsgruppen. Wegen der günstigen Witterung ist die Baumblüte schon in voller Frucht. Wir zeigen unsere Vereinstouren am Sonntag, 19. April. Der Start der Abteilungen ist früh 8 Uhr nach Wannsee; nach 1 Uhr nach Wannsee (Zugbrück). Der Start der Agitationskommissionen ist früh 4 Uhr in Schöneberg (Wollweberstr. 1 bis 4 und 9) und Lichtenberg der 5. bis 8. Abt.: Bahnhof Tegelstr. Die Touren für Sonntag, den 18., werden zum 25. vorbestimmt und gehalten. Nähere Auskunft erteilt Otto Domack, Zentraljahrmarkt, Rookbit, Wollweberstr. 50.
- Arbeiter-Gewerkschaft „Solidarität“. Sonntag, 18. April nach Köpenicker-Bezirk-Wohnen-Zellen. Abt. 5, 40 Geyherstr. 24. — Mittwoch, 21. April, abend 7 Uhr, Vereinstagung der Wollweber, Wollweberstr. 50, Vortrag: Kartenzucht. Gäste willkommen.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wilsch, Neustädt. Verlagsgesellschaft „Freie Welt“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Druckerei des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, Berlin.

